

# Dresdner Volkszeitung

Hollschellens: Dresden, Aden & Comp., Nr. 1208.

## Organ für das werktätige Volk

Bankkonto: Gebr. Arnold, Dresden und Sächs. Staatsbank.

Dieses Blatt enthält die amtlichen Bekanntmachungen der Amtshauptmannschaft Dresden

Bezugspreis einschließlich Postgebühren mit den wöchentlichen Beilagen „Nach der Arbeit“ und „Woll und Zeit“ für einen halben Monat 100 Goldpfennig, Einzelnummer 10 Goldpfennig. Telegramm-Adresse: Dresdner Volkszeitung.

Schriftleitung: Wettinerplatz 10, Telefon 25 261. Sprechstunde nur wochentags von 12 bis 1 Uhr. Geschäftsstelle: Wettinerplatz 10, Telefon 25 261. Geschäftszeit von früh 7 Uhr bis 6 Uhr nachm.

Anzeigenpreis, Grundpreise: die 20 mm breite Normalzeile 30 Goldpf., die 90 mm breite Restzeile 150 Goldpf., für auswärtsige Anzeigen 35 und 200 Goldpf., Familienanzeigen, Stellen u. Kleingewerbe 40 Proz. Rabatt. Für Briefverbreitung 10 Goldpf.

Nr. 58

Dresden, Dienstag den 10. März 1925

36. Jahrg.

## Eine dringliche Anfrage

### Was geht mit den Deutschen Werken vor?

Wir haben uns bereits vor einigen Tagen mit dem geplanten Abbau der dem Reich gehörenden Werke beschäftigt. Jetzt gehen uns dazu von der Genossin Toni Sender noch folgende Ausführungen zu:

Schon seit einiger Zeit geht das Gerücht von bevorstehenden großen Veränderungen in den Deutschen Werken. U. a. Weshalb interessiert uns dies Unternehmen ganz anders als andere Industriekonzerne? So wird der eine oder der andere unter Leser vielleicht fragen. Die Deutschen Werke interessieren uns aus doppelten Gründen. Zunächst handelt es sich bei diesen umfassen, über das ganze Reich zerstreuten Betrieben um die verschiedenen ehemaligen Seereswerke, und es war die schmerzliche Frage zu lösen, wie die bisher ausschließlich auf militärische Zwecke eingestellte Produktionsapparatur auf Friedensproduktion umgestellt werden könne. Grundsätzlich nicht minder wichtig aber war das zweite Moment: diese Produktionsstätten nicht der privaten Ausbeutung zu überlassen, sondern sie als Reichsbetrieb zu erhalten. Freilich, als gemeinwirtschaftliche Unternehmungen, wie manche sie bezeichnen zu können glauben, sind sie nicht anzupreisen, dafür fehlen nicht nur die Voraussetzungen im Charakter des Staates, sondern mehr noch die Vorbedingungen hinsichtlich der Verwaltung der Unternehmen, Mitwirkung der Arbeitenden usw. Aber dennoch bleibt wichtig die Tatsache, daß im Jahre 1919 die Nationalversammlung beschloß, die ehemaligen Seereswerke, auf Friedenswirtschaft umgestellt, als Reichsbetriebe fortzuführen.

Über gerade dieser Umstand war ausschlaggebend dafür, daß die Privatindustrie von Anfang an den Deutschen Werken feindselig gegenüberstand, weil sie in ihnen eine unheimliche Konkurrenz erblickte, durch die ohnehin der Staat in die Lage gesetzt werden konnte, auf Grund eigener Erfahrungen eine Kontrolle der Preisbildung in der Privatwirtschaft durchzuführen, und weil in ihnen der Wunsch noch nicht erloschen ist, auf irgendeine Weise diese zum Teil gut ausgestatteten Unternehmen einmal billig käuflich zu machen.

Es scheint, daß hier schon lange hinter den Kulissen ein scharfer Kampf geführt wird. Und die private Konkurrenz scheint nunmehr, da der Rechtskurs das politische Steuer in Deutschland bestimmt, ihre Stunde für gekommen zu erblicken, um ihre egoistischen Ziele zu verwirklichen. Welche Bedeutung die Deutschen Werke haben, geht allein daraus hervor, daß sie ihre Arbeiterzahl von 10 000 auf 42 000 zu steigern vermocht hätten. Allerdings bahnt sich schon einige Zeit das nunmehr zur unmittelbaren Bedrohung Gewordene an: nacheinander wurden die Rüstwerke und Lipstädter Werke, das Hüttenwerk Siegburg und das Werk in Döhlen bei Rindken stillgelegt. Und auffallend mußte bleiben, daß, obwohl schon monatelang diese Werke brachliegen, man noch keines bisher veräußern zu können vorgab.

Aber warum mußte diese Stilllegung überhaupt erfolgen? Etwas deswegen, weil die Umstellung auf Friedensarbeit nicht gelungen oder weil keine Aufträge vorlagen? Wirklichkeit! Was man schon seit einiger Zeit ahnte, nun wird es ganz offen von der bürgerlichen Presse ausgesprochen. Und die Leipziger Neuesten Nachrichten teilen nunmehr mit, daß, nachdem das Reich die zur Fortführung des Unternehmens erforderlichen 50 bis 70 Millionen nicht bewilligen will, man an eine teilweise Liquidierung der Deutschen Werke heranzutreten will. Wie die Gerüchte in Kreisen der Wirtschaft gehen, soll ein Teil der Betriebe an die Privatwirtschaft, die Werkunternehmungen indessen an — das Reich veräußert werden!

Und wir fügen uns weiterhin auf die Leipziger Neuesten Nachrichten, wenn wir mitteilen, daß man nicht nur gute Erfolge mit der Motorradfabrikation im Werk Haffelhorst, mit dem Bau von Großdieselmotoren in Kiel, mit Spinnereimaschinen in Jugostrand und einem umfangreichen Bauprogramm für landwirtschaftliche Maschinen in Spandau und Mühlentitz hatte. Der durchschlagendste und technisch bedeutendste Erfolg aber war die Konstruktion der auf der letzten Berliner Automobilausstellung Aufsehen erregenden Automobile, die wegen ihrer Ausstattung und Billigkeit eine Sensation bildeten. Wörtlich schreibt darüber das erwähnte Blatt:

„Hier scheinen es übrigens Widerstände aus der Privatindustrie gewesen zu sein, die die Aufnahme der Serienfabrikation verhindern, wie überhaupt hinter den Kulissen sich manches abspielt haben muß, was die Verwaltung nicht auspricht und in der Öffentlichkeit nicht bekannt wurde.“

Und weiter heißt es an anderer Stelle: „Man will, nachdem das Reich seine Hilfe verweigert hat, die unrentablen Betriebe veräußern, d. h. das Gesamtvermögen der Deutschen Werke lockern, wenn nicht gar zerlegen. Die unbedingte Notwendigkeit dieses Planes ist nicht einzusehen.“

Es bleibt im höchsten Maße verwunderlich, daß das Reich sich nun plötzlich entschlossen hat, seine eigenen Betriebe aufzugeben und in die Hände der Privatwirtschaft zu lassen. Die gegen früher gehegte Finanzpolitik des Reiches kann doch gewiß nicht als Grund für dieses Vorgehen angeführt werden. ... Der Verdacht ist nahe liegend, daß das Finanzministerium absichtlich privatwirtschaftlichen Einflüssen, d. h. der konkurrierenden Privatindustrie, deren Schwächen sich die Deutschen Werke ja nie erkeut haben, entgegen ist.“

Wenn schon ein so rechts gerichtetes Blatt wie das erwähnte Leipziger Organ auf das Ungeheuerliche dieser sich

im Schatten der Kulissen abspielenden Vorgänge hingewiesen hat, so ist in um so höherem Maße Pflicht der sozialistischen Presse, mit allem Nachdruck vollste Aufklärung zu fordern! Sonst ist es sich hier doch um einen Befehl der Allgemeinheit, mit dem wir nicht Schindluder treiben lassen dürfen.

Wir richten darum an die Regierung folgende Fragen:

1. Wie kommt es, daß das Reich in kurzer Zeit 700 Millionen für die Rüstindustrie aus den Leistungen der Steuerzahler herauswirtschaften konnte und noch nicht einmal den gesamten Zeit dieser Summe, und zwar nicht einmal als Geschenk, sondern lediglich als Kredit, für seine eigenen produktiven Betriebe übrig hat?
2. Wie kommt es, daß das Reich es ablehnt, den Deutschen Werken direkt irgendwelchen Kredit einzuräumen, dagegen bereit zu sein scheint, die Werkunternehmungen der Deutschen Werke käuflich zu erwerben? Wieso fehlen im ersten Falle die Mittel, die bei der zweiten Eventualität plötzlich zur Verfügung stehen?
3. Wie kommt es, daß das Reich aus dem Mittel der produktiven Gewerbelieferanten den deutschen Werken ein zunächst fast unbedingtes Darlehen von 50 Millionen zu geben imstande war, es aber ablehnt, aus dem gleichen Fiskus der produktiven Gewerbelieferanten auch nur einen Teil dieser der Privatwirtschaft zugutekommen Summe seinen eigenen Werken als Darlehen zu bewilligen?

Wir erwarten zunächst die Antwort der Reichsregierung, erklären aber heute bereits, daß wir diese folgenreichere Angelegenheit nicht länger veräußern lassen werden. Die Öffentlichkeit hat ein Recht, zu erfahren, was mit dem Gut der Allgemeinheit geschieht!

## Demokratischer Sammelruf

Im Lager der Schwarzweißroten wird bereits auf Herrn Dr. Jarres getipelt; die „Zeit“ gibt ihm schon als Kandidaten aus, ehe er offiziell auf den Schild gehoben worden ist. Am Dienstag wird das Zentrum eine vorläufige Entscheidung über keinen Kandidaten zur Reichspräsidentenschaft fällen. Am Mittwoch wird dann der Parteiausschuß der Zentrumspartei diese vorläufige Entscheidung sanktionieren und mit dem Kandidaten vor die Öffentlichkeit treten. Es besteht innerhalb der Zentrumspartei eine allgemeine Stimmung für die Kandidatur Marx und es ist anzunehmen, daß die Spitze der Partei unter Berücksichtigung dieser Auffassung ihre Entscheidung fällen. Man kann also damit rechnen, daß Marx wenigstens im ersten Wahlgang als offizieller Kandidat der Zentrumspartei für die Reichspräsidentenschaft nominiert wird. Damit ist nicht gesagt, daß die Kandidatur Stegerwald schon vollkommen erledigt ist. Die Bemühungen der Rechten gingen z. B. auch am Montag dahin, das Zentrum für eine gemeinsame Kandidatur Stegerwald zu gewinnen, und es gibt gewisse Zentrumskreise, die sich ebenfalls eifrig in diesem Sinne betätigen.

Die Demokratische Reichstagsfraktion hat inzwischen auch zu der Reichspräsidentenwahl Stellung genommen und den Fraktionen mit Ausnahme der Kommunisten und Deutschvölkischen folgenden Brief übermittelt:

„Die Vorarbeiten zur Reichspräsidentenwahl lassen erkennen, daß die Gefahr einer erneuten Aufspaltung der alten abhängigen-

## Der Politiker Otto Braun

In der demokratischen Frankfurter Zeitung finden wir eine Würdigung des Genossen Otto Braun, die, wie die Redaktion des Blattes bemerkt, von einer Persönlichkeit stammt, die lange Zeit Gelegenheitsarbeiter, seine Tätigkeit in der Nähe zu beobachten. In diesem nach dem Rücktritt Brauns von der preussischen Ministerpräsidentenschaft geschriebenen Artikel heißt es u. a.:

„Überaus schnell hat er sich den Anforderungen angepasst, die ein mit ständig wachsendem Schwierigkeiten verbundenes Amt an ihn stellte. War er im Kabinett Dietrich, in dem er als Landwirtschaftsminister arbeitete, ist nach der temperamentsvollen, der Ausführenden beauftragte und — oft auch in sich selbst erfüllender Ausübung gegen Fraktionsgenossen im Kabinett — unerbittlich seiner Verurteilung die Fingel schwingen ließ, so hat er 1921 bis 1924 als Leiter des Kabinetts der Großen Koalition ein

Würdigung des Wertes der letzten und ereignisreichen Jahre seines Lebens, die Anerkennung aber auch seiner nicht gewöhnlichen Klugheit und scharfen Urteils.“

Man hat Otto Braun oft mehr als energisch, hat ihn brutal genannt. Und in der Tat, dieser Mann, dem der Krieg seinen einzigen Sohn geraubt hat und der seinem Wohl noch etwas verschaffener und äußerlich fester geworden war, als es ohnehin seiner ruhigen und zurückhaltenden strengen Art entsprach, konnte oft, wenn er etwas durchsetzen wollte, eine Zielbewusstheit und Hartnäckigkeit an den Tag legen, die den brutalen Anstrich nicht entbehrte. Aber es war doch stets eine brutale Energie, die dadurch erträglicher wurde und verhältnismäßig wirkte, daß sie stets nur einer Sache, einer Idee dienete und außerdem niemals den bei Otto Braun alles beherrschenden Intellekt auszuhalten vermochte. Otto Braun diente seinen Ideen mit einer Energie, von der man nur sagen kann, daß hätte alle republikanischen Politiker und Minister etwas davon gehabt, wie heute um die Republik nicht in Sorge zu sein brauchten. Er kämpfte für den republikanischen Gedanken und für soziale Gerechtigkeit. Aus den Jahrzehnten seines Kampfes in der agrarpolitischen Bewegung, als Kämpfer insbesondere der Forderung der Landarbeiterbefreiung, brachte dieser Opfergabe, der Stimmungsgegenwart feilscht sehr fest im Boden seiner Heimat wurzelt — trotz der vielen Jahre, die er in politischen Kämpfen auch im Rheinland verbrachte — ein hartes Kampfesgefühl gegen das durch und durch unsoziale spekulative Großagrarierium mit. Sein heftiger Streit gegen den Reichslandbund, der im Landwirtschaftsminister Braun mit sicherem Instinkt den gefährlichen Feind an Goshenner erkannte, sein scharfes unerschrockenes Auftreten gegen den Sturm der Reaktion auf allen Gebieten zeigten, daß dieser Mann nicht, wie so manche andre, in der Zeit seiner Ministerpraxis das vergessen oder gar verleugnet hatte, was ihm davor im Leben seines Lebens war. Der große Erfolg der Landarbeiterbefreiung ist denn auch das Werk dieses Mannes gewesen. Schon in Weimar hat er den Deutschnationalen zugerufen, daß er, der nicht wie die künftigen preussischen Landwirtschaftsminister nach der Pfeife der Großagrarier tanzen wolle (und den sie deshalb den „Minister gegen die Landwirtschaft“ nannten), falls darauf sei, von ihnen geholt, aber dafür der Vertreibung des Reichsmanntens bis dahin gefesteter Landarbeiter zu sein.

Otto Braun, der zu seinem ersten Amt als Landwirtschaftsminister neben den Kommissaren, die er sich in jahrelanger Tätigkeit als Agrarreferent seiner Partei erworben hatte, nicht zuletzt auch seine starke und tiefe verständnisvolle Liebe zum deutschen Volke und zur Natur überhaupt gezeichnet wurde — Otto Braun war auch später als Ministerpräsident nicht nur der kluge Politiker und scharfe Verteidiger und Ausbau der republikanischen Position, der oft genug auch in kritischen Momenten die Reichspolitik entscheidend im republikanischen und demokratischen Sinne beeinflusst hat. Er wählte auch den Staat zu repräsentieren. Ein trotzdem nie in Selbstüberhebung aufstrebendes Selbstbewußtsein, eine körperlich imponierende Erscheinung, die Kunst, Distanz zu halten, und seine persönliche Untadeligkeit, an die auch in dieser herausfordernden Zeit kein Schwachsprecher herantrat — all das kennzeichnete ihn zum wirklichen Regierungschef, der nicht gezwungen oder links, sondern mit selbstbewusster Selbstverständlichkeit auftrat und Respekt erzwang.

Otto Braun ist nun zunächst in den Hintergrund getreten. Sein langjähriger und treuer Arbeitskollege Seegering hat das für den schwer Arbeitenden letzte Opfer gebracht, zu bleiben. Darüber aber dürfte in den republikanischen Parteien kaum ein Zweifel bestehen, daß die deutsche Republik sich den Luxus nicht lange gestatten kann, einen Mann wie Braun in die relative Enge der Fraktionspolitik, in die vorwiegend kritische oder oppositionelle Arbeit zu verweisen. Braun, der durchaus konstruktive politische Kopf, der kluge, bedachte und charaktervolle Mann, ebenso wie Seegering, einer der besten Repräsentanten der geistigen Kräfte der deutschen Arbeiterbewegung und ein Beweis für die in ihr schlummernden Möglichkeiten, muß bald wieder synthetische Arbeit am demokratieverdienlichen Standorte leisten können.“



O. KOSTER

Staatsmännisches Geschick und eine Fähigkeit bewiesen, den Ausgleich unter den oft genug weit auseinander strebenden Forderungen der Koalitionsparteien zu bewirken, wie sie besser kein gewiegter Diplomat auch der ausgezeichneten alten Schule hätte leisten können. Man kann es ruhig sagen, daß es unter den Politikern von Rang, die heute an sichtbar Stelle stehen, nur äußerst wenige geben wird, die gleich ihm diese dreizehnjährige Jahre der Koalitionspolitik breiter republikanischer Parteien — die untereinander wieder in kulturpolitischen, wirtschaftlichen und rein politischen Fragen schon so vieles trennte — mit der fast schon an den denkenden nach rechts bildenden, höchstens vormalrepublikanischen Deutschen Volkspartei ermöglicht und durchgehalten hätte. Und wenn gerade von führender völksparteilicher Seite noch in den Hauptausführungsverhandlungen des Herbstes 1924 ausdrücklich erklärt wurde, daß wenn in den Novembertagen 1923 das Reichsgedäude nicht in einer gewaltigen Explosion in die Luft geflogen sei, das vor allem der Steierzeit und Zielbewusstheit der preussischen Politik zu verdanken gewesen sei, so liegt darin für Braun, der seine hohe Schule der Diplomatie abschloß, keine theoretischen Staatsrechtlichen Studien hätte treiben können, die nachdrücklichste

ollen Klatschgeschichten täglich wächst. Eine Wahlbewegung, in der eine größere Anzahl von Kandidaten und Parteien aufträte, würde die Gegensätze verschärfen, die großen Linien der politischen Entscheidungen verwischen und zu einem Zufallsresultat führen, das dem gewählten Präsidenten nicht das erforderliche Ansehen im In- und Auslande gibt. Die Vermeidung dieser Gefahren ist eine nationale Pflicht. Die Deutsche Demokratische Partei hat den Wunsch, daß unter den gegenwärtigen inner- und außenpolitischen Verhältnissen bei der Wahl des Reichspräsidenten eine möglichst große Mehrheit des deutschen Volkes sich auf eine Person vereinigt, die, fest auf dem Boden der Weimarer Verfassung stehend, über den Rahmen der politischen Parteien hinaus allgemeines Ansehen und Vertrauen in das hohe Amt mitbringt. Als eine solche Persönlichkeit betrachten wir den Präsidenten des Reichsgerichts Herrn Dr. Simon. Wir sind zu gemeinsamen Beratungen auch über einen anderen, den erwähnten Vorschlag entsprechenden Vorschlag bereit."

Dr. Simon ist durch Reichstagsbeschluss zum stellvertretenden Reichspräsidenten bestimmt worden. Er gilt als Anhänger der Demokratischen Partei und ist politisch hervorgetreten als Außenminister des Kabinettts Fejersbach. Wir zweifeln nicht an der demokratischen Gesinnung des Herrn Simons, aber für die Sozialdemokratie ist der demokratische Brief mit der Aufforderung unter Genossen Otto Braun im voraus beantwortet. Und die Parteien der Rechten? Die Deutschnationalen denken nicht daran, sich mit andern Parteien auf einen Vertreter der Weimarer Verfassung zu verständigen. Ihnen kommt es auf einen Mann an, der ihnen im Reiche wie in Preußen das Regieren ermöglicht. Sie wären wahrscheinlich bereit, mit dem Zentrum zu verhandeln, sich vom Zentrum die Unterstützung im Reiche und in Preußen versprechen zu lassen und dafür den mittleren Zentrumsmann Marx als Präsidenten zu wählen. Aber ohne Kostenloser — nein, eine solche Verständigung kennen die Erneuerer Deutschlands nicht!

## Barmats Lieferungen

Der preussische Unterstaatssekretär für die Barmat-Affäre trat am Sonntagabend wieder zusammen. Er besuchte sich mit der Frage der Einfuhrbewilligungen für die Getreide Barmat. Zunächst wurde Direktor Schwon, der seinerzeit Direktor der Reichsfeinstehle war, als Zeuge vernommen. Er bezeugte, daß die Reichsfeinstehle auf Wunsch des Reichswirtschaftsministeriums gegen ihren Willen zweimal Geschäfte mit der Amerika habe machen müssen. Dabei sei Julius Barmat sehr energisch bei der Reichsfeinstehle aufgetreten, da diese das Geschäft nicht abschließen wollte. Auf Veranlassung des Ministeriums sei das Geschäft schließlich doch abgeschlossen worden. Barmat habe aber zunächst nicht geliefert und nur auf Reklamation einen kleinen Posten der Speditlieferung in Rotterdam zur Verfügung gestellt. Nach längerer Zeit trafen ganze 500 Aktien von den vertragmäßig zu liefernden 15 000 ein. Barmat hat dann nochmals 500 Aktien an, deren Ware war aber total verdorben. Da die Lieferungen nicht zu erhalten waren, wurde der Vertrag schließlich annulliert. Gegen Barmat wurde eine Arrestordnung erlassen worden, um die Akte, die auf Grund der Lieferheime Barmats bei den Banken deponiert waren, herauszubekommen. Auf ausdrücklichen Wunsch des Ministeriums wurde 1920 mit Barmat nochmals ein Geschäft abgeschlossen. Wir wollten von Barmat nichts wissen, da seine Amerika in Holland konsolidiert und bereits 1919 von der Börse ausgesprochen war. Jeder holländische Kaufmann, der mit Barmat Geschäfte machen wollte, wurde mit 5000 Gulden Strafe bedroht. Barmat konnte also überhaupt nur aus zweiter oder dritter Hand kaufen. Wir mußten uns aber dem Druck des Ministeriums, der durch Herrn Batschow, den Leiter des parlamentarischen Ausschusses, auf uns ausgeübt wurde, fügen. Selbst, daß Barmat unsere Akte bilanzieren

ließ; mit dem so erhaltenen Gelde verschaffte er sich Gelder, für die er die 500 Aktien Brief besorgte. Der Reichswirtschaftsminister Schmidt hat damals gesagt, er sehe es nicht gern, Geschäfte mit der Amerika abzuschließen, aber er wünscht, daß die Firma zum Wettbewerb zugelassen werden solle. Wenn Minister Schmidt meinte, daß Barmats Verhältnisse ungemessen waren, so konnte der Minister das im einzelnen nicht beurteilen. Wir als Kaufleute haben das Ministerium ausdrücklich auf die zu hohen Preise hingewiesen.

Auf weitere Fragen bezeugte der Zeuge Schwon, daß sein ehemaliger Kollege Barmat, der sich ebenfalls gegen die Geschäfte mit Barmat wandte, jetzt bei einer holländischen Fretfirma angeheilt sei, die der Vereinigung angehöre, von der seinerzeit Barmat konsolidiert wurde. — Auf die Frage des Kommunisten Barthel, warum denn die Reichsfeinstehle nicht direkt am Markt gekauft habe, wenn die Preise der Amerika 20 Prozent über den Marktpreis lagen, erklärte der Zeuge: Es bestand an vorgelegter Stelle der Wunsch, daß wir mit der Amerika arbeiten; von uns aus hätten wir das nicht getan. — Der demokratische Abg. Kuidke fragt, ob denn nach der Auffassung des Zeugen auch ohne die Geschäftsverbindung mit Barmat die damalige schwierige Ernährungslage gehoben werden konnte. Zeuge Schwon: Jawohl, die Reichsfeinstehle war ja selbst mit Lebensmitteln versorgt, Barmat hatte übrigens gar keine Sachverhandlungen für Reich, und seine Waren waren miserabel schlecht; immer rühmte sich Barmat seiner guten Beziehungen. Wir hatten den Eindruck, daß es Barmat weniger auf Warenverhältnisse ankam als darauf, mit den dafür zur Verfügung gestellten Akten Postengeschäfte zu machen. Die Amerika in Holland war dafür bekannt, daß sie nicht in fairer Weise Geschäfte machte. Die Beamten der Reichsfeinstehle suchten, daß hinter Barmat eine große Freundschaft stand; auch der Name Heilmanns lautete auf.

Vorländer: Als außer der direkten Beschwerde Barmats gegen Sie einmal eine Beschwerde eingereicht worden? Zeuge: Jawohl, auf Veranlassung der Sozialistischen Parteiführung. (Der Kommunist Vorländer ruft: Das ist Heilmann!) Als Zeuge wurde mein damaliger Protekt Kolbner genannt. Ich konnte die Beschwerde dem Minister Schmidt gegenüber als Intrige bezeichnen. Da Herr Kolbner außerdem noch Verträge mit nach Hause nahm, die ich erst mit Hilfe des Gerichts wieder erhielt, wurde er entlassen; später ist er dann Regierungspräsident in Düsseldorf und Herzberg geworden.

Nach Schwon wird

**Direktor Meyer**  
vernommen, der vom April 1919 bis Oktober 1923 Leiter der Einfuhrgesellschaft für Getreide- und Futtermittel war. Nach Meyer bezeugte, daß ihm Barmat vom Reichswirtschaftsministerium sozusagen aufgetragen worden sei. Barmats geschäftliche Angebote seien im Vergleich mit anderen Offerten ungenügend und nicht annehmbar gewesen. Barmat habe, da er Widerstand vor sich gesehen, auch einmal mit Reklamationen beim Reichswirtschaftsministerium gehandelt. Am 1. September 1919 habe Zeuge Meyer zusammen mit Julius Barmat bei ihm vorgesprochen. Meyer habe erklärt: Herr Meyer, Sie sind die einzige Reichsfeinstehle, die trotz allen Bemühungen bis jetzt nicht auf Geschäfte mit Barmat einverstanden ist. Ich bin mit Barmat persönlich befreundet und es liegt mir daran, ihn noch einmal zu empfangen.

Nach Meyer wird der Zeuge Herr, Bruder Leiter der Verwaltungsbereitschaft und jetzt Reichsminister bei der Getreideverwaltung, vernommen. Er erklärte, er wisse nur, daß während seiner Amtszeit bei der Reichsfeinstehle Direktor Meyer telefonisch benachrichtigt wurde, daß Barmat bei ihm gewesen sei, wobei sich Meyer damals für diesen verwendet habe. Wir war es

etwas Ungewöhnliches, fährt der Zeuge fort, daß ein Abgeordneter kam, um eine Firma bei Einkäufen der Reichsfeinstehle zu empfehlen.

Nach Meyer wird der frühere Reichsernährungsminister Dr. Hermes vernommen. Er bezeugte: Vauer kam eines Tages zu mir ins Ernährungsministerium und bat mich, Barmat zu empfangen; dieser habe schon früher für das Reich Geschäfte gemacht. Ich habe diesem Wunsch Rechnung getragen und Barmat an die zuständigen Stellen verwiesen. Die Barmatschen Angebote hatten aber keinen Erfolg. Neben Vauer hat sich bei mir für Barmat nur noch der sächsische Wirtschaftminister Schwarz bemüht. Ich habe nie den Eindruck gehabt, daß hinter den Angriffen auf mich Barmat stehe. Barmat selbst war mir zu impulsiv und dann hatte ich gehört, daß er seinen Kontrakt mit der Reichsfeinstehle nicht forsetzt erfüllt habe. Auch die andern Anstalten über Barmat sprachen mich zur Zurückhaltung.

Am Schluß werden dann noch der Kaufmann Hofmann, 1920 bis Mitte 1923 Leiter des Zentralsekretariats der Reichsfeinstehle, und Regierungsrat Webermann, früher stellvertretender Vorsitzender in der Reichsfeinstehle, als Zeugen vernommen. Die Aussagen dieser Zeugen betreffen sich in der gleichen Richtung. Webermann erklärt: Direktor Batschow vom Reichswirtschaftsministerium hat Barmat bei der Reichsfeinstehle anrufen und empfohlen. Wir wollten von einer Geschäftsverbindung mit Barmat nichts wissen, weil wir gewarnt waren. Es gab schließlich eine erste Auseinandersetzung zwischen den Beteiligten im Reichsernährungsministerium und Staatssekretär Sauer hat einen ausführlichen Bericht über die Angelegenheit erstattet. Minister Hermes und der Staatssekretär haben schließlich unsern Standpunkt geteilt. Es handelte sich bei der Bewilligung des Liefergeschäftes mit Barmat um ein Objekt von 15 Millionen Gulden, und zwar um eine Unter-, eine Mittel- und ein Vorkaufmischlieferung. Vertragsgemäß sollte Barmat einen ersten Posten Vorkaufmischlieferung, und zwar die Summe mit 16 Unzen Milch, tatsächlich lieferte er Gulden mit dem Aufdruck „16 Unzen“, aber nur 14 Unzen Inhalt. Die Arbeit, die die Wägen herstellte, erhielt auf Anfrage von Barmat den Bescheid, sie solle nur die 14-Unzen-Milch mit dem Aufdruck „16 Unzen“ herstellen, die Ende sei schon in Ordnung. Nach der Trennung des Reichsernährungsministeriums vom Reichswirtschaftsministerium löste der Druck von oben aus und die Reichsfeinstehle ihre geschäftlichen Beziehungen zu Barmat ein.

Die Verhandlungen des Ausschusses werden am Montagvormittag mit der Vernehmung Webermanns und des Direktors Thieme von der Reichsfeinstehle fortgesetzt.

Der Untersuchungsbeschluss des Preussischen Landtages erdichte am Montag die Geschäfte zwischen Barmat und der Reichsfeinstehle. Nicht weniger als 21 Zeugen sind dazu geladen. Zunächst wurde Staatssekretär v. Möllendorff vernommen. Der Zeuge erklärt, daß Barmat im Jahre 1919 in Begleitung von Weis bei Minister Wiffel erschienen sei, um eine Einbürgerung für Territen zu erhalten. Die zuständigen Staatssekretäre wandten sich aus wirtschaftspolitischen Gründen gegen die Einfuhr von fertigen Territen. Barmat machte geltend, daß im deutschen Volke zu jener Zeit große Not an Nahrungsmitteleinrichtungen herrsche. Abg. Weis drückte seine Verwunderung darüber aus, daß ein von einem selbständigen Sozialdemokraten einem deutschen Sozialdemokraten angebotenes Geschäft, das die Volkswirtschaft lindern sollte, am bürokratischen Widerstand der Staatssekretäre und Referenten scheitern könnte. Ich bemerkte ausdrücklich, daß Reichswirtschaftsminister Wiffel sich niemals von irgendwelchen Referenten hat lassen lassen. Auch dieser Geschäftsvertrag Barmats ist nach der Unterredung in den obenstehenden Geschäftsverhandlungen. Ob irgend etwas aus dem ganzen Antrag geworden ist, weiß ich nicht. Weiter erklärt der Zeuge, daß er mit seiner Auslassung nicht den Eindruck erwecken wolle, als ob es sich um ein korruptives Vorgehen gehandelt habe.

Dann wird in der Vernehmung des Zeugen Weidemann fortgefahren. Auf Betragen des Vorsitzenden verliest der Zeuge einen Brief, aus dem hervorgeht, daß der Einfluß Barmats sich auch auf die Deutsche Geschäftskreis und das Auswärtige Amt erstreckte. So sei Barmat einmal wieder Einholung einer Information aus einem Bericht des Herrn v. Reibnitz im Auswärtigen Amt geworden und zwar Ende 1918. Dem Minister Hermann Müller wurde Barmat die Einbürgerung angeboten. Der Zeuge erklärt diese Tatsache allein dürfte schon als Maßstab dafür gelten, welchen Einfluß Barmat beim Auswärtigen Amt gehabt hat.

Darauf kommt

## Der Kampf der Eisenbahner

Der Hauptverwaltung der Deutschen Reichsbahn-Gesellschaft ist nicht wohl zumute. Der Ernst und die Erstarrtheit, mit dem die Eisenbahner den ihnen aufgegebenen Kampf zu führen gemittelt sind, haben die Leitung der Reichsbahn-Gesellschaft unsicher gemacht. Deshalb hat sie am Montag die Presse bitten lassen, doch um Dummheit willen nicht zu viel über die Streikbewegung zu schreiben; denn das würde nur die Streikleitung unter dem Eisenbahnerpersonal. Gleichzeitig bemüht sich die Reichsbahnleitung, der Öffentlichkeit einzureden, daß die Streikbewegung schon da und dort abdröckle, ja im großen und ganzen schon so gut wie stillstehe. Im Westen, z. B. in Essen, Köln, Frankfurt a. M., soll von einem Streik überhaupt nichts zu bemerken sein.

Mit diesen Mitteilungen kennt die Reichsbahnleitung nur offene Türen ein. Des Bild, das augenblicklich die Streiklage bietet, ist kein zufälliges. Die Reichsbahnleitung weiß zu gut, daß die Eisenbahner bei allem Anmut, bei aller Bereitwilligkeit keine blinden Draufgänger sind, sondern genau wissen, was sie tun. Die Eisenbahner besitzen großes Wissen genau die Bedingungen ihrer Organisationen und diese werden die Taktik verfolgen, die sie für richtig halten und mit keinem wüsten Streik-Tölpelwahn der Reichsbahnleitung die Fäden in die Hände jagen.

Es ist gar nicht zu bestreiten, daß sich die Reichsbahnverwaltung schon jetzt stark isoliert fühlt. Sie muß sehen, daß es nicht einmal die Reichsregierung mag, gegen die streikenden Eisenbahner Front zu machen. Sie kann nicht, weil rein sachlich genommen sich genau die Forderungen der Eisenbahner nicht einwenden läßt. Man betrachte nur einmal die Frage der Arbeitszeit! Hier herrschen in der Reichsbahn heute Zustände, die einfach nicht länger ertragen werden können. Durch den Erlaß der Arbeitszeitverordnung vom 21. Dezember 1923 erfolgte eine Änderung der Dienstauverordnungen für das Betriebs- und Verkehrspersonal in der Weise, daß die Arbeitszeit bis zu 10 Stunden im Tag oder 260 Stunden im Monat und die Dienstzeit bis zu 16 Stunden pro Arbeitstag ausbelehrt wurde. Unter dem Druck der Gewerkschaften gab es dann im Juni vorigen Jahres einige kleine Milderungen. Es kam nur Rücksicht auf die damalige Notlage der Reichsbahn zu einer Sondervereinbarung, die selbstverständlich gesündigt werden mußte, sobald sich die Wirtschaftslage der Reichsbahn wieder bessern sollte. Diese Vereinbarung erfolgte Ende Januar, nachdem die Gratifikationen für die

noch einmal zur Sprache. Der Zeuge gibt zu, daß der Vertrag mit Barmat von vornherein einen Fehler enthalten habe, da nicht klar festgestellt war, ob die 16-Unzen-Dosen brutto oder netto waren. Der Vorsitzende stellt daraufhin fest, daß die Angelegenheit von beiden Parteien verschieden aufgefaßt wurde und daß wohl ein Mißverständnis über den Vertrag aufkommen konnte. Aus einer Wiederholung des Direktors Thieme, Hamburg, ergab sich jedoch, daß die Fabriken, die sich durch Kontrakt zur Lieferung von 16-Unzen-Dosen verpflichtet hatten, sämtlich erklärten, daß Barmat bei der Abwicklung des Geschäftes gemäß habe, daß nur die 14-Unzen-Dosen geliefert werden dürfen und daß Barmat gesagt habe: Schreiben sie ruhig 16 Unzen, Berlin wird nicht merken, daß es nur 14 Unzen sind. Zeuge Webermann behauptet, daß bei den mündlichen Verhandlungen mit Barmat jeder Zweifel darüber ausgeschlossen gewesen sei, daß die Dosen 16 Unzen Milch enthalten mußten.

Der Vorsitzende verliest dann ein Schreiben der Handelskammer Amsterdam vom 28. Februar 1919. In ihm erklärt der Sekretär der Handelskammer, daß diese Gesellschaft (Amerika) als sehr anpassend ist, so daß eine von ihr abgegebene Erklärung, welche "Vertrauen verdient". Schreiben und geteilt ist die Erklärung der Handelskammer vom deutschen Generalkonsul in Amsterdam und dem österreichischen Konsul.

Geschäftsführer Volkwig von der Reichsfeinstehle, der nunmehr als Zeuge vernommen wird, erklärt, in Holland seien einwandfreie Auskünfte über Barmat nicht zu erhalten gewesen; die Auskünfte von sozialistischer Seite seien gut, die von anderer Seite schlecht gewesen. Er selbst habe keine Verträge mit Barmat abgeschlossen, das sei ausschließlich dem Reichswirtschaftsministerium geblieben. Die Lage des Reiches sei damals außerordentlich schwierig gewesen. Man habe keine Barmittel gehabt, und Lebensmittel hätten beschafft werden müssen. Der Reichsbank habe man gegen das liefern wollen; Barmat dagegen habe sechs Monate Zahlungsfrist angeboten, allerdings dafür bis 30 Cent mehr gefordert. Wären die Barmatschen Verträge fortgesetzt worden, dann wären seine Angebote die günstigsten gewesen.

Rum wird

der ehemalige preussische Finanzminister v. Richter noch einmal zur Ergänzung seiner Aussage gehört. Er erklärt, er habe vergessen mitzuteilen, daß er mit Heilmann noch ein zweites Mal und zwar im November 1924 über die Angelegenheit Barmat gesprochen habe. Dabei habe er betont, daß die Behebung der Schwierigkeiten Barmats nur durch eine umfangreiche Kreditübernahme möglich sei. Er habe jedoch auf die Kreditgewährung durch die Staatsbank keinen Einfluß.

Abg. Heilmann (Soz.): Die Darstellung Richters ist im wesentlichen zutreffend. Ich habe den Finanzminister damals auf die Presseangriffe gegen Richter hingewiesen. In einem Vortrag mit Richter wurde da immer Barmat genannt. Da habe ich den Minister um Klarheit über Barmats Beziehungen zur Staatsbank gebeten. Ich sagte ihm, Barmat hätte mir gesagt, er habe 17 Millionen von der Staatsbank als Kredit erhalten, von denen er 5 Millionen zurückgezahlt hätte. Dadurch ist er augenblicklich in Schwierigkeiten geraten. Richter sagte mir, wir sprechen ja unter vier Augen. Ich verzeihe Sie nicht richtig, wenn ich annehme, daß Sie wünschen,

ich soll den Kredit für Barmat erhöhen?

Wir sprachen dann noch über politische Dinge. Ich entfinne mich des ganzen Gesprächs sehr genau, weil es für mich die größte Bedeutung hatte. Herr v. Richter sagte u. a. für Ministerpräsident Braun werde er stets eine große Verehrung haben, der Mann habe das Zeug zu einem Minister. In Bezug auf Barmat sagte er noch, die Kredite für Barmat erschienen ihm volkswirtschaftlich durchaus begründet und in jeder Beziehung gedeckt. Er hätte auch mit dem Abg. Weidig als Referenten für die Staatsbank im Landtag über diese Frage gesprochen.

v. Richter: Herr Dr. Weidig und ich haben uns feinerzeit auch über die Verbindung Barmat-Staatsbank unterhalten und sind dabei zu dem Schluß gekommen, der auch heute noch gilt, daß nicht wie dies in der Presse geschrieben ist, die Kredit- und Barmat-Kredite in einem Atemzuge genannt werden können. Abg. Heilmann (Soz.) bemerkt als Zeuge: Ich habe in der Unterredung mit Herrn v. Richter darauf hingewiesen, daß Barmat in Deutschland etwa 40 Fabriken unterhalte, in denen er 18 000 Arbeiter beschäftige. Wenn der Finanzminister mit damals gesagt hätte, Barmat kann mit Krediten zwar nicht in einem Atem genannt werden, aber die Sicherheiten der Kredite erschienen ihm doch amellhaft, dann hätte ich Barmat sofort gesagt: Bei dieser Verstellung der Sachlage lege ich heute meine gesamten Vorkaufsrechte nieder und warte ab, bis ich sie ohne die Gefahr einer Kompromittierung wieder aufnehmen kann. Nur die Erklärung, die Kredite seien volkswirtschaftlich durchaus begründet und die Unterlagen durchaus sicher, hat mich veranlaßt, diesen Schritt nicht zu tun. — Wenden 7 Uhr werden die Verhandlungen vertagt. Am Sonntagabend soll der Reichsminister a. D. Vauer noch einmal vernommen werden.

## Das Bundesmitgliedsgeld

Der Kampf der Eisenbahner

oberen Beamten und die Korruptionszulage gezeigt hatten, daß es der Reichsbahn nicht gerade schlecht geht.

Was fordern die Eisenbahner? Festlegung der Arbeitszeit in der Personalordnung und den Dienstauverordnungen auf acht Stunden pro Tag. Sofortige Durchführung des Achtstundentages in den Werkstätten und überall dort, wo intensive Arbeit verlangt oder das Personal unter besonderen Gefahren für Leben und Gesundheit tätig ist; entsprechende Verkürzung der Arbeitszeit des übrigen Personals. Außerfristsetzung der D. V. für das im Werkstätten-dienst und bei selbständigen Güterböden beschäftigte Personal mit entsprechender Verbesserung der Dienstauverordnungen. Regelung der Dienstdauer des Jahresschichtpersonals nach den vorkommenden Grundfällen. Was tat die Reichsbahnverwaltung? Sie lehnte zunächst glatt ab, dann stimmte sie schließlich der Einleitung einer gemeinschaftlichen Kommission zur Verabreichung etwa bestehender Forderungen in der Dienstdauer zu. Jeder Rate steht, daß diese Zustimmung angesichts der Forderungen nur herzlich wenig bedeutet.

Sollen die skandalösen Arbeitszeitverhältnisse bei der Reichsbahn verewigt werden? Naive Leute stellen Vergleiche mit den Verhältnissen der Vorkriegszeit an. Ein Vergleich mit der Vorkriegsarbeitszeit muß aber unbedingt abgelehnt werden, denn gegenwärtig werden ganz andere Anforderungen an die Arbeitsleistung des einzelnen Mannes gestellt. Durch die sogenannte wissenschaftliche Betriebsführung und das Leistungsprinzip wird mit der Arbeitskraft ein unerträglicher Raubbau getrieben. Die Reichsbahn nimmt heute eine bis in kleinste gehende scharfe Ermittlung der Arbeitszeit, der Arbeitsunterbrechungen usw. in jedem einzelnen Falle, vielfach sogar durch Stoppuhr vor. Die Folge des Raubbauens sind steigende Krankheits- und Unfallziffern. Sie sprechen eine eindringliche Sprache. Die Betriebsunfälle haben, wie die Hauptverwaltung selbst zugibt, 1924 wesentlich zugenommen. Nach einer Mitteilung der Hauptverwaltung wurden in den Monaten April bis November des letzten Jahres 626 Bedienstete gegen 513 Bedienstete im Vorjahr, also 113 Personen mehr als verletzt gemeldet. In dieser Zifferung sind besonders die Direktoren Dresden, Elberfeld, Hannover, Karlsruhe und München beteiligt. Die Hauptverwaltung hat — sehr bezeichnend — Anweisungen gegeben, den Ursachen dieser Erscheinung nachzugehen. Diese Untersuchungen wurden nicht nur für den Betriebsdienst, sondern auch für die Werkstätten gemacht. Auch hier wurde die Steigerung der Unfall-



**Sie kaufen am vorteilhaftesten**

<b>Mantel</b> aus hervorragendem Tuch, in nur dunklen, eleganten Farben . . . . .	<b>1775</b>	<b>Mantel</b> aus gutem Donegal, nett gearbeitet . . . . .	<b>675</b>
<b>Rock</b> in kräftiger derber Qualität . . . . .	<b>195</b>	<b>Sportkostüme</b> aus gutem Donegal, ganz gefüttert, saub. Verarbeitung, fescche Form, Serie I 19.75, Serie II	<b>1575</b>
<b>Gabardinekleid</b> aus reinwollenem Gabardine, nett garniert, mit langen Ärmeln . . . . .	<b>1775</b>	<b>Cheviotkleid</b> aus reinwollenem Cheviot, zum Teil mit langem Arm, reizend garniert . . . . .	<b>675</b>

**Ludwig Bach & Co.**  
Wettinerstraße 3  
Oschalzer Straße 16/18

**Innigsten Dank.**  
Allen denen die und beim Selbstanne meines lieben un-  
vergeßlichen Vaters, Paters, Schwagers, Groß- und Urgroß-  
vaters  
**Herrn Anton Kunze**  
durch Wert, Schritt, Blumen- und Geldspenden ihre Teilnahme  
bekundeten, insbesondere den Vereingewissen für das freiwillige  
Eringen zum Gedenke, letzter Herrs Deiner Mutter, Fortband  
der freiwilligen Gemeindegabe zu Dresden, für seine pietätvollen  
Eubere am Sarge, dem Gelangeworten Freie Sängers zu  
Lobten, dem Zentralverband der Angehörigen, der Vereingewissen  
und seinen Mitarbeiterinnen der Firma Unterverleihe, der  
Hilfsvereingewissen, die alle Abgaben, den lieben Gedenke-  
schwestern, der Firma Grosse, allen Freunden und Bekannten,  
wirden wir verbindlich recht herzlich dankend.  
Dresden, den 9 März 1925  
Berta verw. Kunze und Hinterbliebene.

**Schiedspruch im Baugewerbe.**  
Durch ein freies Schiedsgericht wurden die Löhne am 8. März  
1925 für Dresden wie folgt festgesetzt:  
ab 8. März bis 15. April ab 15. April bis 30. April  
Maurer . . . . . 100 %  
Zimmerer . . . . . 100 %  
Bauhilfsarbeiter . . . . . 90 %  
Fliesenarbeiter . . . . . 80 %  
Zielbauarbeiter . . . . . 80 %  
Die Löhne für die jugendlichen Arbeiter regeln sich im proportionalen  
Verhältnis wie bisher.  
Die Zuschläge für Freizeit, Abhängigkeiten usw. bleiben in bis-  
herigen Abhängigkeiten bestehen.  
Die Arbeit soll ununterbrochen wieder aufgenommen werden. (5442)  
**Die Ortsverwaltungen der Bauarbeiter und Zimmerer.**  
**Mieterverein Kloßsche.**  
Dresden, 12. März, abends 7 1/2 Uhr, im Schützenklub  
**Öffentlicher Lichtbildervortrag über  
Reichsheimstätten und Erbbaurecht.**  
Alle Mieter werden gebeten, daran teilzunehmen.  
Der Saal ist gebucht. Der Vorstand des Mietervereins.  
**Sächs. Staatsbauschule Dresden**  
Hochbau und Tiefbau.  
**Öffentl. Ausstellung d. Schülerarbeiten**  
Sonntags den 14. März 1925 von 10-4 Uhr  
Sonntags den 15. März 1925 von 11-5 Uhr  
Montags den 16. März 1925 von 9-1 Uhr  
im Gebäude der Staatsbauschule, Dresden-R. 6,  
St.-Prinzen-Straße 2.  
Anmeldung Neueinsteiger bei der Direktion  
bis spätestens 31. Juli 1925. Prospekt über Ein-  
richtung, Ziel und Aufnahmebedingungen durch  
die Kanzlei der Bauschule.  
Die Direktion.  
55071

**Springer & Co. Buchhandlung und Verlag.** - Stut 19777  
Morgen Mittwoch, 11 März 8 Uhr, Gartenstraße, Gumbahnerstr. 11,  
Auf vorläufigen Wunsch 2. u. letzter Vortrag  
des berühmten Dresdner Psychologen  
**Max Kröning**  
(Verfasser des in Millionen Exemplaren verbreit. Werkes:  
"Gibt es ein Fortleben nach dem Tode?")  
**Gibt es ein Fortleben nach dem Tode?**  
H. d. Inhalt: Tischgespräche, Geisteserleuchtungen, Materiali-  
sationen, das zweite Geschlecht, Materieformen bei Strahlen,  
Doppelbilder, Schreie und Sprüche, Somnambulismus  
und Spiritismus, der Alkohol, Marie Wibel, genannt die  
Scherin von Alentejo, die eine Hölle für Verdammte vom  
Reichs zum Reichs, und die Frage beantwortet: Gibt es ein Fortleben?  
1921. 144 Seiten. Preis 1.00. Dresden-R., Ritzschstraße 30.  
Arten im Reichs-Raum, u. a. d. Abendbahn.

**Ein treues Mutterherz hat aufgehört zu schlagen!**  
Montag früh 8 1/2 Uhr endlos lief nach  
mit großer Geduld erkranktem Weiden und  
einem schmerzlichen Weiden, 8 Tage vor ihrer  
hohenen Geburt, meine herzengute Frau,  
meiner lieben, mütter, frommgebend Mutter  
**Anna Frommhold**  
geb. Strehle  
wird unermüdet im 54. Lebensjahre.  
In ihrer Trauer:  
Witw. Frommhold und Kinder  
im Namen aller Hinterbliebenen.  
Die Beerdigung findet Donnerstags, nach-  
mittags 2 1/2 Uhr, von der Halle des Striefler  
Krankenhauses aus statt. (10482)

**Fertig-  
Polierer**  
brandelundia, lahr  
**Plansortefabrik  
H. Wolfgramm**  
Cudwig-Karlmann-Straße 52  
**Fahrräder**  
erkstofflich, Ang.  
**25 Mk.**  
Sofortige Anlieferung  
**Zwickauer Str. 129.**  
(10170)

8 bis nach 10 Uhr  
Telephon: 14380  
**Tymians  
Halla-Theater**  
Man heult - vor Vergnügen  
Nur noch bis 13. März. Der Lachschlager  
**Der kranke Leopold**  
Alle Ges. und Vorzugs-  
karten sind gültig.  
**Beachte! Lest die Volkszeitung!**

**Palast-Theater**  
Dresden-R. - Alaunsir. 28.  
Heute Dienstag bis einschl. Donnerstag  
**Das horrible Doppelprogramm!**  
1.  
**Die Waise von Long Island**  
(Kameraden der Liebe)  
Die Geschichte einer tragisch. Begegnung  
in 6 Akten.  
Hauptrollen:  
Max Marsh, Normann Kerry.  
2.  
**Fahre was nicht in Versuchung.**  
Ein spannender Kriminaldram  
in 3 Akten.  
Vom 20. bis 23. März  
**Auf vielfachen Wunsch  
Wiederaufführung**  
der internationalen  
**Film-Anstaltungs-Operette  
Das Mädel von Pontecuculi**  
Vorstellungen: (10307)  
Werktag: 6 1/2, 8 1/2 Uhr  
Sonntags: 4, 6 1/2, 8 1/2 Uhr

Durch die tieftraurige Nachricht, daß  
unser liebe, herzensgute Mutter, Schwäger-  
und Großmutter  
**Frau verw. Minna Künzel**  
geb. Weichelt  
am Sonntag, abends 7 Uhr, nach 14 tagelangem  
leiden verschieden ist.  
R. Reich, D. Grana,  
Zwickau, U. S. A., den 10. März 1925  
Die trauernden Hinterbliebenen.  
Die Beerdigung findet Mittwoch den  
11. März 1925, nachmittags 2 1/2 Uhr, von der  
Halle zu Neudorf-Rosenthal aus statt. (10185)

Dienstag, 10. März  
**Eröffnung  
der Damen-Kleiderstoff-Handlung**  
**Fritz Kessler, Prager Straße 3C**  
Eingang Moszkowskystr. 2a  
Spezialitäten:  
Gabardine Kammgarn-Schotten  
Popeline Blusenstoffe  
reinw. Cheviots Wollmusseline  
Damentuche Schweizer Voll-Voile  
Covercoat Eolienne  
Samt usw. in besten Qualitäten und neuesten Musterungen  
Für Wiederverkäufer beste Bezugsquelle (10205)

**Auf Kredit!**  
kaufen Sie staunend  
billig:  
Polier-u. Tischler-Nebel  
fom. fomp. Schlafzim-  
mer, Küchenmaschine,  
Leb-, Tisch- und Bett-  
Wäsche, Kleiderstoffe,  
Damen-, Herren- und  
Knaben-Garderob. um  
gegen besaunte An-  
zahlung und leichte  
Ratenzahlungen  
nur bei (1034)  
**A. J. Schneek**  
Wettinerstraße 7, I.  
Ecke Valentinstraße  
Wiedersehen erheben  
Waren ohne jede An-  
zahlung

**RADIO-HAUS** für  
Dresden  
Komplette Anlagen für jedermann  
Hörer eigener Fabrik 8.- Mark  
Jede fachmännische Auskunft - Teilzahlung gestattet  
**Palmstr. 13** Tel. 15901, 20110  
nahe Postplatz

**Fahrrad Emaillierung**  
bes. für Privatparatoure, in bester Ausfüh-  
rung nach 40jähr. Erfahrung in dieser Branche.  
Verwandemittel erhalten Verzierungsmaße  
**Meyer, Fröbelstraße 6-8.**  
51911

**Arthur Pieper**  
Dresden-Cotta  
10 Warthaer Str. 10  
Straßenbahnlinie 19  
**Uhren**  
Gold- u. Silberwaren  
Standuhren  
Trauringe  
Geschenkartikel aller Art  
Reparatur - Werkstatt (10211)

**Urania**  
Die Buchbelle kann aus technischen Gründen  
erst mit dem Adelheit erscheinen  
**Volksbuchhandlung Raden & Comp.**  
Wettinerplatz 10

**MARQUANT'S ART GELD ERSPART**  
Die guten  
**Tucan-Farben**  
MIT APRETUR  
führt jede bessere Drogerie

**Leibwäsche**  
wird in jedem Haushalt  
niedrig gebraucht, daher  
kann vornehmliche Ver-  
käufer diesen Artikel leicht  
auf bequeme Zahlungen  
verleihen und sich Geld  
verdienen. Näh. Näheres  
Wann-Str. 48, I. L.  
Gehr. Kinderwagen  
billig zu verkaufen.  
Näh. Näheres, Grund-  
straße 53. (10188)

**Leberhofen**  
mit Schmiegensteinen  
Rehrhaus Hofen Ia  
Konfirmations-Winse  
sehr preiswert  
**H. Fritzsche, Köpcke**  
Grundstraße 20,  
Ecke Wurtstraße im 205  
**D-Räder**  
große Auswahl befan-  
neter Marken  
**25M. Anzahlung**  
günstige Preise, Gatte,  
Vaimler, 19. 2. r. (10213)

**Wir gehen zu Winkler!**  
Wir brauchen dringend in unserem  
Haushalt eine Nähmaschine - die  
allerbeste, die praktischste - die  
zuverlässig und sauber näht, sticht  
und sticht. Wir kaufen bei „Winkler“,  
denn dort finden wir die preis-  
billigsten bewährte „Naumann“-  
Maschinen. Sie ist das heimische Erzeugnis  
aus dem großen Werk von  
Seldel & Naumann, Dresden,  
das rund 5000 Arbeitern und Beamten  
Arbeit und Brot gibt. (10208)

**Radfahrer! Achtung!**  
Reparaturen, Radumbäder, Vernichten,  
Emaillieren billigt bei (10204)  
**Nahn, jetzt Stiftsstr. 4.**

**Ausschnelden!**  
**HORAK**  
anr Schloßstraße 17  
und nur für sofortige Käufe gültig  
Zucker, Mehl . . . . . 39  
Zucker, weißer gemahlener  
bei 1 und 2 Vfb. 31  
Stromenauszugsmehl 21  
Kangoon-Vollreis (10 Pfund) 21  
Zündhölzer (1.95 4) . . . . . 20  
Ausschnelden!

**Tokayer Ausbruch**  
Medizinalwein  
in allen Preislagen  
Originalflaschen von 4.88 M. an  
exkl. Flasche und Steuer  
**Pepsin - Magenwein**  
Bestor Magenwein  
Kleine Flasche von 0.80 M. an  
exkl. Flasche und Steuer (1057)  
**Francisco Sauer**  
Kellnerplatz, Ecke Wettinerstraße 48  
Fernsprecher 27034

**Frauen+**  
einzel. Spül-Apparate,  
Spülfaß, Schälische,  
Reibbünd, Süßformern,  
Kronenbünd., Krinale  
zu billigen Preisen. (1066)  
**R. Freisleben**  
Postplatz  
Man achte auf Firma.  
Das heilige Kreuz  
von Jürgen Brand  
Volksbuchhandlung  
Räumungshalber ein Vollen (11361)  
**Qualitäts-Zigaretten**  
Warenpreis 4-6 und 12 M. aus 1000 Stück  
auch in kleinen Vollen abzugeben.  
Zigarettenfabrik Rosenstraße 39, I.

**Natürlich gegen Teilzahlung  
eine Naumann-Nähmaschine**  
in den „Winkler“-Läden  
Struvestr. 9 Johannstr. 19 Prager Str. 33

# Der Eisenbahnerstreik vor dem Reichstage

32. Sitzung, Montag, 9. März, 2 Uhr nachm.

Der Eintritt in die Tagesordnung protestiert Abgeordneter gegen das Verbot von 11 kommunistischen Zeitungen auf Grund des Republikstufengesetzes. Er beantragt die Aufhebung dieser Verbote und verlangt die Beratung dieses Antrags. Außerdem verlangt er die sofortige Besprechung des Streiks der Eisenbahner. — Der sofortigen Beratung des Verbots der kommunistischen Zeitungen wird widersprochen. Die Besprechung des Eisenbahnerstreiks wird als vierter Punkt auf die Tagesordnung gesetzt.

Einstimmig wird darauf ohne Debatte dem Vorschlag der Reichsregierung zugestimmt, die

## Neuwahl des Reichspräsidenten

am 29. März und dem eventuellen zweiten Wahlgang am 26. April 1925 vorzunehmen. Auf der Tagesordnung steht dann das Gesetz über die Stellvertretung des Reichspräsidenten. Es ist von allen Parteien mit Ausnahme der Nationalsozialisten und der Kommunisten eingebracht und besagt, daß zum Stellvertreter des Reichspräsidenten bis zum Amtsantritt des neuen Reichspräsidenten bestimmt wird. Die Vorschriften der Reichsverfassung über den Reichspräsidenten finden für die Dauer der Stellvertretung auf den Stellvertreter Anwendung. Der Stellvertreter bezieht für die Dauer der Stellvertretung des Reichspräsidenten das diesem zustehende Dienstentgelt einschließlich der Aufwandsgebühren. Die Kommunisten beantragen Wahl des Stellvertreters durch den Reichstag. — Abg. Hennig (Natsos.) hält sich nach dem in erster und zweiter Lesung angenommenen der kommunistische Antrag abgelehnt.

Es folgt der vom Reichsfinanzministerium eingebrachte Gesetzentwurf:

## Die Reichsregierung wird ermächtigt, die aus Anlaß des Ablebens des Reichspräsidenten entstehenden Kosten auf Reichsmittel zu übernehmen.

Abg. Kemmel (Komm.) protestiert gegen die Vorlage und rüchelt, oft von Enttäuschungsbedingungen der Sozialdemokraten unterbrochen, heftige Angriffe gegen die Politik des verstorbenen Reichspräsidenten. Als er behauptet, Präsident Ebert habe als Vorkämpfer der Bourgeoisie zur Niederschlagung der Revolution der Arbeiterklasse alle Mittel und Verbrechen angewandt, wird der Redner vom Präsidenten über die Ordnung gerufen. Während der weiteren Ausführungen des Redners kommt es wiederholt zu lärmenden Auseinandersetzungen zwischen den Sozialdemokraten und Kommunisten. — Abg. Krenn (Zentr.) legt unter dem lebhaftesten Beifall der Reichstagsversammlung ein gegen die Art, wie von dem Verstorbenen das Andenken des verstorbenen Reichspräsidenten gehalten worden sei, eines Mannes, dessen persönliche Würde und dessen hohe Verdienste um das Vaterland über jeden Zweifel erhaben seien. — Abg. Graf v. Reventlow (Natsos.) erklärt, seine Freunde würden, unbeeinträchtigt durch Sach- und Sentimentalität, die Vorlage ablehnen. — Die Vorlage wird dann in erster und zweiter Beratung gegen die Kommunisten und Nationalsozialisten angenommen.

## Sachsen

Abg. Roenen (Komm.) begründet hierauf seinen Antrag seiner Freunde, der die Regierung ersucht, ihren ganzen Einfluß auf die Reichsbahndirektion dahin geltend zu machen, daß die Forderungen der streikenden Arbeiter erfüllt werden. Der Redner macht der Reichsbahndirektion den Vorwurf, sie beschwöre durch ihre ablehnende Haltung die Gefahr herauf, daß durch eine weitere Ausbreitung des Streiks das ganze deutsche Wirtschaftsleben lahmgelegt werde.

## Abg. Schumann (Frankfurt, Soz.)

Ich wiederhole noch einmal, was ich bereits vor einigen Tagen gesagt habe, daß wir Sozialdemokraten im vorigen Jahre bei den Verhandlungen über das Eisenbahngesetz versucht haben, die Interessen der Arbeiter und Angestellten zu vertreten. Bei der Beratung des Gesetzes des Reichsfinanzministeriums in diesem Jahre habe ich die Reichsbahndirektion darauf hingewiesen, daß sie ein gefährliches Spiel treibe, wenn sie glaubt, die berechtigten Forderungen der Eisenbahnangehörigen und -besamten ablehnen zu können, wenn sie die überragende Gehaltspolitik fortsetzt und auf diesem Wege das größte Verkehrsunternehmen des Reichs und auf diesem Wege die größte Verkehrsunternehmung des Reichs in die Insolvenz schädigt. Ich habe darauf hingewiesen, daß solche öffentliche Unternehmungen nicht nur in der Betriebsführung, sondern auch in der Entlohnung des Personals vorbildlich sein müssen. Damit ist die Behauptung des Abg. Roenen widerlegt, daß sich niemand der Interessen der Eisenbahner annähme. Ich habe in der vorigen Woche keinen Zweifel darüber gelassen, daß

die Schuld an dem jetzigen Konflikt ausschließlich die Eisenbahndirektion treffe.

Ich habe damals ausdrücklich darauf hingewiesen, daß es durch Entgegenkommen möglich wäre, das Umsichgreifen der Bewegung zu verhindern. Wir Sozialdemokraten unterscheiden uns in unserer Stellungnahme zum Streik von den Kommunisten dadurch, daß wir nicht den Streik um des Streikes willen führen, um die „Revolutionsdiktatur“ vorwärtszutreiben und um die „Aktivität“ der Arbeiter zu steigern, sondern der Streik ist uns das letzte Mittel im Kampfe der Arbeiter um bessere Lohn- und Arbeitsbedingungen, wenn die anderen Mittel versagen und die Gegenpartei eine Verständigung ablehnt. Wir lehnen es ab, die Grundlagen unserer bisherigen bewährten Gewerkschaftspolitik zu verlassen. Der Deutsche Eisenbahnerverband hat richtig gehandelt, als er die erste Bewegung in Sachsen nicht sanktioniert hat, weil die Verhandlungsmöglichkeiten noch nicht erschöpft waren. Ich bedauere außerordentlich den Widerstand der Verwaltung gegen die Forderungen der Arbeiter, die sich doch in so bescheidenem Rahmen bewegen. Die Eisenbahner machten vor Abbruch der Verhandlungen den Vorschlag, die Löhne um 3 Pf. pro Stunde zu erhöhen und durch eine Kommission die Frage der Arbeitszeit prüfen zu lassen. Die Forderung ist tief bedauerlich, daß die Verwaltung nicht durch die Annahme dieser bescheidenen Forderungen es verstanden hat, die weitere um sich greifende Bewegung, die schweren wirtschaftlichen Schäden verursachen muß, einzudämmen. Die Kommunisten behaupten, der Haupttreiber gegen die Arbeiter sei der französische Vertreter in der Verwaltung. Ich glaube nicht daran, vielmehr sind es die im Verwaltungsrat sitzenden

## Vertreter der Großindustrie,

die nicht wünschen, daß den minimalen Forderungen der Eisenbahner entsprochen wird. Wir haben wiederholt mit aller Deutlichkeit erklärt, daß die Interessen der Arbeiter den Interessen der Großindustrie und des Privatkapitals nicht geopfert werden dürfen. Die Dinge liegen nun so: Wenn nicht in der jetzigen Stunde etwas geschieht, um die berechtigten Forderungen der Arbeiter zu befriedigen, dann wird der Streik auch auf das Verkehrsministerium übergehen, da auch bei dem Vortragsamt große Enttäuschung über die Verhältnisse bei der Eisenbahndirektion herrscht. Ich wiederhole deshalb dringend meine Forderung vom vorigen Freitag, und da ansehend der Einfluß des Verkehrsministeriums nicht ausreicht, um die Verwaltung zu weiterem Entgegenkommen zu veranlassen, so fordere ich jetzt das Arbeitsministerium auf, einzugreifen und dafür zu sorgen, daß eine Verständigung auf einer für die Arbeiter annehmbaren Basis hergestellt wird. Der Eisenbahnerverband hat sich bemüht, die weitere Ausdehnung des Streiks zu verhindern. Ich befürchte nun, daß diese Bemühungen an der Hartnäckigkeit der Verwaltung scheitern, die damit Wasser auf die Mühlen derjenigen treibt, die nicht Arbeiterinteressen, sondern andere Interessen vertreten. Noch ist es Zeit zum Verständnis einer Verständigung auf annehmbarer Grundlage. Aber die Situation ist außerordentlich ernst, sie kann nur durch entsprechendes Entgegenkommen verbessert werden. Wir verlangen deshalb von der Regierung, daß sie sofort eingreift, damit weiteres Unheil von der deutschen Wirtschaft abgewendet wird. (Lebh. Beifall bei den Soz.)

Abg. Dr. Gremer (D. Wp.) beantragt Schluß der Debatte und Überweisung der Angelegenheit an den Verkehrsausschuß zur schleunigen Erledigung.

Abg. Schumann (Soz.) wendet sich gegen eine Ausschluß-Veratung, mit der nur kostbare Zeit verloren gehen würde.

Der Antrag auf Schluß der Debatte wird angenommen. Die Abstimmung über die Ausschlußberatung bleibt zunächst ausbleiben, der Ausschuß wird mit 179 gegen 127 Stimmen. Der Verkehrsausschuß wird sich am Dienstag vormittag mit der Angelegenheit beschäftigen.

Eine Besprechung des Meinsdorfer Inzidents wird vertagt. Nach Erledigung Keinerer Vorlagen verläßt sich das Haus um 6 Uhr auf Dienstag 9 Uhr. Auf der Tagesordnung steht der Etat des Reichsjustizministeriums.

## Sachsen

### Eine wohlverdiente Ohrfeige

In einem Flugblatt zu den Gemeinderatswahlen hatte der Genosse Rudolf Schmieder, Geschäftsführer des Fabrikarbeiterverbandes in Annaberg, im Januar vorigen Jahres die Bewehrung aufgestellt, der durch die Regierung Zeigner auf Wartegelbesetzte Annaberger Amtshauptmann Dr. Walther — dessen Angelegenheit erst vor kurzem den Landtag beschäftigte, da er unter der Koalitionregierung die Konjunktur für sich günstig genug hielt, seine Wiederernennung zu betreiben — habe während seiner Amtszeit zum Schaden des Bezirks Unregelmäßigkeiten begangen. In dem Entwurf zu dem Flugblatt, der dem Annaberger Bürgermeister in seiner Eigenschaft als Polizeidirektor durch den Wahlleiter, Genossen Theodor Grumm, Sekretär des Buchbinderverbandes in Annaberg, zur Genehmigung überreicht wurde, hatte statt des

Wortes Unregelmäßigkeiten sogar der Ausdruck Unterschlagungen gestanden. Der Bürgermeister legte den Flugblattentwurf dem Gesamtrat vor — wogü ihm an und für sich die Bezeichnung fehlte — und erreichte dadurch, daß durch Instruktionen eines bürgerlichen Stadtratsrates Dr. Walther und der Bürgerbund, ein Sammelsurium von den Deutschnationalen bis zu den Demokraten, Kenntnis von dem Flugblatt erhielten und schleunigst ein Gegenflugblatt in Druck geben konnten, in dem sie gegen den Vorwurf der Unterschlagungen polemisierten, der im sozialdemokratischen Flugblatt gar nicht mehr enthalten war. Durch seine eigenen Freunde wurde Dr. Walther so unfreiwillig aus der Reserve gelockt. Er stellte gegen Schmieder und Grumm Strafantrag wegen Verleumdung.

In der Hauptverhandlung, die jetzt vor dem Gemeinamen Schöffengericht in Chemnitz stattfand, bot Genosse Schmieder an, den Wahrheitsbeweis zu führen. Er stellte fest, daß Dr. Walther die Einnahmen aus Lokalfahrten, die er mit dem Dienstgeschirr ausübte, nicht restlos der Bezirkskasse angeführt hat, obwohl der Bezirk die Kosten für das Geschirr trug. Weiterhin habe Dr. Walther in unzulässiger Weise Urlaubsbereisen mit Dienstreisen verbunden, für die er sich die Kosten aus der Bezirkskasse ersuchen ließ. Zwei Juden r. u. die er sich von der Bezirkskasse als Tüchtigkeitsbescheinigung der Witwe des früheren Oberbürgermeisters Dr. Oertel aus Jitzau, schenken ließ und für die er die Bezirkskasse belastete, habe er nach seiner Amtsübernahme zum Tagespreis an den Bezirk verkauft.

Dr. Walther stellte sich auf den Standpunkt, daß das Lokalfahrtvermerk kein Dienstwagen sei, als das lediglich der Aufschwangen gehen könne. Das Gericht trat dieser Auffassung bei, die einigermassen unverständlich ist, wenn man bedenkt, daß Aufsätze und Lokalfahrtvermerk vom gleichen Aufscher bedient und von den gleichen Pferden gezogen wurden, für die der Bezirk die Kosten trug. Ein über diesen Punkt bestehender Vertrag ist so unklar, daß — wie die eibliche Zeugenausfrage eines juristischen Degeneranten der Annaberger Amtshauptmannschaft bewies — selbst Juristen verschiedener Ansicht über seine Auslegung sind. Im Gegensatz zum Bericht und zur Staatsanwaltschaft war dieser Zeuge der Ansicht, daß Dr. Walther sämtliche Einnahmen aus dem Fahrgeld an den Bezirk abzuführen hätte und der Beamtenuntersuchung und des Vertrags schuldig sei, wenn er das nicht getan habe.

Infolge der Ablehnung eines Gemeinanspruchs, den der Verteidiger der beiden Angeklagten, Rechtsanwalt Dr. Krieger aus Berlin — der Sozius des Genossen Kurt Rosenfeld — stellte, blieb eine restlose Klärung der gegen Dr. Walther erhobenen Vorwürfe unmöglich, und es wurde der Wahrheitsbeweis als mißlungen angesehen.

Trotzdem wurden Schmieder und Grumm freigesprochen, da man ihnen die Wahrung berechtigter Interessen zugestand. Beide kandidierten für die Gemeinderatsverordneten, Schmieder als Listenführer. Sie wurden zu der Herausgabe des Flugblattes durch ein Wahlplakat des Bürgerbundes herausgefordert, das die sozialdemokratischen Kandidaten in ganz unerschämter Weise beleidigte. Schmieder war außerdem Vorsitzender des Bezirksverbandes und Mitglied des Bezirksausschusses, behandelte also im Interesse des Bezirks, den er durch Dr. Walther benachteiligt glaubte.

Zu der Begründung des Urteils führte der Vorsitzende, Amtsgerichtsrat v. Liebenow, u. a. aus, daß Dr. Walther die Unklarheit des Vertrages über das amtshauptmannschaftliche Dienstgeschirr mit der Zeit immer deutlicher werden mußte. Die Kosten für Last- und Aufscherführer liegen sich nach Lage der Dinge nur sehr schwer trennen, zumal die Durchführung der Abrechnung durch Dr. Walther auch nicht korrekt geschah. Es wäre Pflicht des früheren Amtshauptmanns gewesen, für eine Klärung des Vertrages Sorge zu tragen. Dadurch, daß er selbst in den Bezirksauswahlschüssen verschiedentlich gekauert hat: „Meine Herren, Sie haben ja auch die Einnahmen aus den Lokalfahrten!“ konnten die Angeklagten wohl der Auffassung sein, daß es sich bei der Nichtablieferung der vereinnahmten Gelder um Unterschlagungen handle. Inwiefern Dr. Walther sich bei Unregelmäßigkeiten aufhalten konnte lassen, konnte das Gericht offen lassen, da der Strafantrag sich nur gegen den Vorwurf der Unterschlagungen richtete. Hier oder haben die Angeklagten in gutem Glauben gehandelt; durch die Verleumdung kämpften sie für eine sie nahe angehende Sache, ohne indes die Absicht der Verleumdung gehabt zu haben. Daher seien sie freizusprechen.

## Um die Reichs- und Landesfarben?

Uns wird geschrieben: Unter Nr. 21 des Verordnungsblattes des Volksbildungsministeriums erscheint eine Verordnung des Kultus- und Wirtschaftsministeriums, die das Tragen von Abzeichen jeder Art in den Schulen und auf Schulwegen verbietet. Eine zweifelslos gesunde Verordnung, wenn die wirklich geltung verhofft wird! Aber der Wortlaut läßt Raum für die Ungeheuerlichkeit, daß in deutschen Schulen die schwarzrotgoldenen Reichs- und grünweißen Landesfarben als „Abzeichen“ betrachtet werden. Daß dadurch der Pflege verfassungstreuer Staatsgefühlung nur geschadet würde, liegt auf der Hand. Darum ergeht an beide Ministerien hiermit die Bitte, alsbald Klarheit zu schaffen darüber, daß Reichs- und Landesfarben selbstverständlich von dem Verbot nicht mitbetroffen werden.

## Schief-Levinche mit feiner Kalle oder Polnische Wirtschaft

Ein komischer Roman von Hermann Schiff

„Vaterlieb! Das schadet mir nichts, ich kann das vertragen.“  
„Es ist aber halb neun Uhr, du mußt doch zu dem Vater gehen.“  
„Nun, ich gehe schon!“  
„Wie heißt du, du gehst schon? Willst du so über die Straße gehen?“  
„Ja, die Geschäfte, die ich mit dem Vater mach', sind der Mühe wert, daß ich mich deshalb ansehe. Er braucht Lambert Louisdor, sagt er. Wenn ich ihm fünf gebe, wird er zufrieden sein.“  
„Nun bleib nur zu Hause,“ rief der reiche Hitzel. „Du machst auch ein fauler Vötel, welcher wahrhaftig. Du wirst keine Geschäfte machen heute; und keine Geschäfte die ganze Woche.“  
„Wie meinst du? Ich werde keine Geschäfte machen? Ich Schief-Levinche, und wenn ich noch so sehr ein fauler Vötel mache ich doch gute Geschäfte.“  
„Ich sage dir, du wirst heute keine Geschäfte machen die ganze Woche nicht, denn es ist eine unglückliche Woche.“  
„Und ich sage dem Vater, ich mache heute gute Geschäfte mache die ganze Woche gute Geschäfte, denn ich bin Schief-Levinche.“  
Diese Worte wiederholten Vater und Sohn unaufhörlich mit immer größerem Eifer, bis Schief-Levinche sich in den Keller geworfen hatte und voll Verdruss das Haus verließ, aber mit dem festen Vorsatz, seinen Vater Lüge zu sagen.

## VI Das Kellier

Anderen bewohnte vier Gemächer im Vordergebäude des weltlichen Hauses, welche sämtlich reich ausgeschmückt elegant möbliert waren. Schief-Levinche wurde ins Keller geführt und erkannte nicht wenig über die vielen neuen Bilder in prachtvollen goldenen Rahmen.

Eines derselben fesselte die Aufmerksamkeit des kleinen Gauziers ganz besonders. Es war das lebensgroße Porträt einer Pariser Schauspielerin, welche sich einst durch ihr Talent ebenso berühmt gemacht hatte wie durch ihre unzähligen Diebstahle. Auch Anderen hatte in seiner Jugend dieser reizenden Verlon eine vorübergehende Zuneigung gewidmet, und aus Dankbarkeit für ihre Gegendunst hatte er sie gemalt.

Im Schieferkostüm, nach damaliger Mode, den kleinen Strohhut auf der ungeheuren gepuderten Frisur, voll Blumen und Perlen, in einem geklumpten Reifrock voll Schleifen, Rosetten und Rigen, die Hüften und Kosen ihres Antlitzes durch Schlingpflasterchen umhoben, trat sie aus einer mit blühenden Schlingpflanzen umrankten Nische. In der einen Hand hielt sie den mit bunten Fäden umwundenen Schäferstab, mit der andern führte sie ein milchweißes Lämmchen an einem purpurroten Bande. Ihre Hüften waren von scharlachroten Pantoffeln mit hohen Absätzen knapp umschlossen. Der rechte stand noch auf der Schwelle, der andre betrat einen blumenreichen Rasen. Das Bild war entzückend geziert und überladen. Wie konnte das auch anders sein? Ein phantastischer Maler hatte alle Magazine der Mode- und Schmiedehändler ausgeplündert, um seiner Herzenskönigin in allen Farben und Nuancen zu huldigen, und die zahllosen kleinen Einzelheiten waren mit merkwürdigem Fleiß ausgeführt; hinsichtlich der bis zur äußersten Zucht gehäufteten Farbeneffekte hatte der verliebte Künstler fast das Unmögliche geleistet. — Freilich stand die Dauer seines Liebesglüdes in keinem Verhältnis zu der Zeit, welche die Vollendung solch eines Bildes ihn kostete. Dafür ist aber auch der Kunstfleiß eines deutschen Malers ausdauernder als die verlebte Laune einer Pariser Kalligraphin. Er Anderten mit ihrem Bilde fertig wurde, hatte sie drei, viermal ihre Liebhaber gewechselt und dachte nicht mehr an den Vater, der mit deutschem Fleiß und deutscher Treue ihr Bild vollendete — um sich nie davon zu trennen. Er nahm es auf allen seinen Reisen mit, und in der Zeit diente es, ihn zu empfinden und darzutun, was er als Porträtmaler zu leisten vermochte.

Indem Schief-Levinche dieses Bild betrachtete, wiegte er

den Kopf, schmalzte mit der Zunge und wiederholte: „Gottswunder! Was Menschenhände doch vermögen!“

Anderen gedachte des Modells zu seiner jüdischen heiligen Jungfrau, die Bewunderung des kleinen Gauziers war ihm nicht unheimlich, und lächelnd fragte er: „Was meint er, Jude, wenn ich ihm ein solches Porträt von seiner Braut male?“

Zu seinem Erlaunen fingen Schief-Levinches Augen an zu blitzen, und sein bewegliches Gesicht verzog sich in unzählige lächelnde Falten.

Ein solches prachtvolles lebensgroßes Bild seiner geliebten Mariamme war ein Besitztum, wie kein Jude ein ähnliches aufzuweisen hatte, und solch ein Gemälde behält seinen Wert, ist kein Brot und bleibt eine schöne Sache, die man seinen Kindern und Kindeskindern hinterlassen kann. Mit freudiger Schüchternheit fragte Schief-Levinche: „Verzeihen Euer Gnaden, was kostet solch ein Bild?“

Der Künstlerstolz erwachte in Anderen, und indem er Schief-Levinche verächtlich ansah, sprach er: „Jude! Ein solches Bild kann er nicht bezahlen.“

„Wie heißt?“ fragte Schief-Levinche. „Ich habe doch Geld! Warum soll ich nicht können bezahlen ein Bild?“

„Er ist ein Eitel, solch ein Bild malt man nicht für Geld, sondern aus Laune.“

„Nun Sie mir meine Braut nicht für Geld, sondern aus Laune; ich habe nichts dagegen.“

„Wenn ich mir weniger Mühe gebe als hierbei, wird das Bild für ihn auch noch gut genug sein.“

„Verzeihen Euer Gnaden hier sind Bilder ohne Name und Beine; andre sind wieder zu klein. Wenn ich meine Braut malen lasse, so will ich sie haben mit Armen und Beinen und so groß, wie sie ist.“

„Er meint ganze Figur und Lebensgröße.“

„Ja! Aber es muß sein alles so natürlich, daß ich glaube, meine Mariamme tritt mir entgegen, gerade so wie diese schöne Person, daß man schwören muß, sie lebt.“  
„Gabe er keine Sorge, ich verichte zu malen. Aber was wendet er an das lebensgroße Bild seiner Braut?“  
„Wie heißt, was ich davon wende? Ich wende daran, es kostet!“  
(Fortsetzung folgt.)

er  
28.  
Land  
er  
den  
ung  
hine  
den  
Str. 33

### Dresdner Chronik

#### Der tendenziöse Rundfunk

Ein Rundfunkteilnehmer schreibt uns: Die stürmische Entwicklung, die im Radiowesen in Deutschland in den letzten Monaten vor sich gegangen ist, mag Schuld daran sein, daß die organisierte Arbeiterklasse bisher öfters an den Gefahren vorbeigegangen ist, die diese Erfindung mit sich bringt. Die Gefahren des Rundfunks liegen nicht in der Sache an sich. Sie liegen vielmehr in der Anwendung. In Deutschland und auch anderswo wird der Rundfunk dazu benutzt, Nachrichten, Vorträge, Preisnotierungen und dergleichen zu vermitteln; auch wird „Bildung“ verbreitet. Nach diesem Programm arbeitet auch der Leipziger-Dresdner Sender. Soweit die Bildungsfrage dabei eine Rolle spielt und Vorträge gehalten werden, soll über Wert oder Unwert derselben heute nichts gesagt werden; diesbezügliche Meinungen werden wir gelegentlich zurück. Ganz nebenbei wollen wir jedoch bemerken, daß hinter dem unheimlichen Titel „Vortrag“ ab und zu die eine oder andere gelbblättrige Firma es versteht, mit dem Saunpfehl recht kräftig zu wirken und Propaganda für ihre Produkte zu machen. Wichtig ist aber die Frage der Nachrichtenvermittlung. Hier macht sich der Rundfunk allmählich zu einer Gedankenfabrik größten Stils aus, deren Erzeugnisse denen der sogenannten Generalanzeigerpresse an Fragwürdigkeit nicht nachstehen. Und hierin liegt in der Tat die große Gefahr. Wenn Tag für Tag die Leipziger-Dresdner Sender ihre Presseberichte aus den Leipziger Neuesten Nachrichten entnimmt oder wenn beim Eisenbahnerstreik 3. d. d. Zender nur einfach auf die parteiischen Berichte der Reichs-Landpresse in Dresden folgt und die Berichte der Streikleitung höchstens andeutungsweise und dann auch nur polemisch wiedergibt, dann ist das eine einseitige Berichterstattung, die zur stärksten Kritik herausfordert und die Geldströme der Sendestelle muß sich gefallen lassen, daß diese Kritik auch gelebt wird. Das große Heer der Hörer in Deutschland allgemein und in Dresden und Leipzig speziell hat ein Recht auf objektive Berichterstattung.

Nach auf andern Gebieten schimmert die Einstellung der Rundfunkleitung durch. Am Sonntag den 8. März, abends 8.15 Uhr, sollte programmäßig „Hanneles Himmelfahrt“ von Gerhart Hauptmann „aufgeführt“ werden. Statt dessen wurden „Umstände halber“ den ganzen Abend bis 9.15 Uhr Mittelmärche gebudelt und als besondere Leistung erloschen am Schluß „auf Wunsch“ vier Ausgaben desselben musikalischen Stücks, schließend mit: „Ach bin ein Preuße um“. Nach unserer Meinung gehört ein gut Teil des so zusammengebrachten Programms auf den musikalischen, kulturellen und politischen Boden. Gegen den Mißbrauch dieser neuen Einrichtung im Dienste einseitiger politischer und noch dazu rückwärtiger Tendenzen muß mit aller Entschiedenheit gehandelt werden. Es trübt dieser Ansicht aufgenommen wird, desto besser ist es.

#### Spiel und Gegenspiel

Von Zeit zu Zeit geschieht in der Großstadt irgendein Einbruch. Manier wird der Täter in flagranti, zuweilen erst nach angelegten Ermittlungen oder bei einer Razzia, manchmal aber überhaupt nicht ermittelt. Trifft der letztere Fall ein, so läßt es der Polizei keine Ruhe, denn ein unaufgeklärter Einbruch ist für sie wie ein dauernder Vorwurf.

Immerhin hat in den letzten Jahren ein Verbrechen nach dem anderen in der Stadt sich ereignet. Der Verbrecher gelangt mit Hilfe eines Nachschlüssel durch die Haustür, wähle vom Flur aus den Weg ins Klotz, durchdringt dort eine Wand, passiert, ohne etwas einzupacken, die Badkammer eine Fertighausblase, tritt ein Loch durch eine zweite Trennungswand, stülzt im Räume dahinter sechs ansehenswerte Pakete mit tollerlicher Seide und ging darauf wieder auf demselben Wege aus dem Haus. Draußen graue der Tag. Eine Frau lag auf dem Wege zur Markthalle einen Handwagen die Straße entlang. „Guten Morgen“, sagte der nächtliche Geschäftsbefehl, und er wurde mit der Frau handeltens, daß sie die Pakete mit auf den Wagen lud und zum Bahnhof brachte, wo sie bis zum Verlaß als Sondergut niedergelegt wurden.

Einige Monate später ereignet sich ein Lebensvergehen in einem Verbrechen, der ebenfalls wieder zwei Löcher in den Wänden und ein Loch in der Trennungswand hinterließ. Die verschwundenen Waren wanderten diesmal vor dem Weiterverkauf in eine verfallene Koffelkiste. Der Täter war in beiden Fällen weder in flagranti, noch durch Ermittlungen, auch nicht bei einer Razzia, sondern erst gar nicht erwischt worden. Er schuf mittels der Polizei den Schwärzen Vorwurf, an dem sie lange Zeit zu tragen hatten.

Nachdem nun die verfallenen zwei Jahre verstrichen waren, ging eines Tages ein Kriminalbeamter, der seine Gründe hatte, in eine Cafeteria, ließ sich dort in eine Zelle führen und langte den in anderer Angelegenheit untergebrochenen Inzessen wieder auf und auf die verfallene Zelle, ob er denn nicht die beiden Geschäftsbefehle einzuweisen möchte. Der Inzesse tat sehr verwundert, und sagte nur immer: „Aber wieviel? Da ging der Beamte schließlich wieder fort.“

Von der Cafeteria ging dieser Inzessenbesuch erfüllt ein zweiter Kriminalbeamter. Der war wohl erfahren in der Kunst des Verhörs, kannte manchen Kniff und traute sich vieles zu. Er machte sich auf, kam in die Zelle und sagte wiederholt wie zu einem alten Bekannten: „Guten Tag, Herr Pichler!“ Nach solcher Begrüßung legte er die Hände, hing Schlingen auf, schlug auf den Boden und gab Schreckschüsse ab. Der Inzesse blieb noch immer aus. „Aber als es Abend geworden war, sagte Pichler endlich: „Was soll das? Worauf soll ich empfohlen werden, sich alle Einzelheiten bis zum nächsten Morgen genau zu überlegen.“

„Vergessen Sie ja nicht, Zigaretten mitzubringen“, bat Pichler noch zum Abschied.

Am nächsten Tage lagen in der Zelle während mancher Stunden zwei Männer. Der eine erzählte, der andere schloß dann und wann etwas auf, und beide bliesen dazwischen viele blaue Kerzen, so die Luft. Sie rauchten und schauten und empfanden den Arroganz der Kammer von Pichler. Sie schrieben düstern im Raum, während die betriebligen Wölfe, und der betrieblige Pichler weinend sah, er war im Himmel. Sein Wunder war es, daß alle Personen dazwischenstanden wie welches Wachs und Geheimnis um sich und gepörrt ward.

Es schienen die beiden voreinander. „Aber sie taten es wie zwei Löcher, bis eine Partie Schach beendet habet. Gemanen hat der Prozess.“

Es konnte nicht ausbleiben, daß Adolf Franz Max Pichler, der 55 Jahre alt und seit mancher Zeit wiederholt und erheblich verfallene Kaufmann, vor das Schöffengericht geriet. Der Vorsitzende befragte eine Angelegenheit und wendet sich dann an den Angeklagten: er gibt: „Aber wie die beiden Eingangs?“ „Aber es war ein ungeheures Geschäft: „Rein, Herr Richter, das ist mit meinem Gewissen nicht in Einklang zu bringen.“

„Widerrufen? Ihr vor der Polizei und hinterher auch vor dem Untersuchungsrichter abgelegt und eingehendes Geständnis widerrufen? Na, hören Sie mal!“

„Ja, denn jene beiden Einträge hat ein Leo Pichler ausgeführt. Ich habe nur das Einverständnis entgegengenommen, übergeben und verkauft. Leo Pichler ist allerdings leider im vorigen Frühjahr verstorben.“

Der Richter glaubt dem Angeklagten nicht und läßt den Zeugen rufen.

Der Kriminalbeamte tritt in den Saal. Er ist ganz getraut und ahnt nichts von dem neuerlichen Verhalten des Pichler. Als er gleich darauf davon erfährt, verschäuft es ihm zunächst die Sprache. Er hat einen langen Blick auf den Angeklagten. Einen langen und gekränkten Blick, der dem andern unfares Spiel vorwirft. Dann, nach einigen Augenblicken innerer Sammlung, sagt der Beamte: „Aber das ist doch —!“ Und nun erklärt er dem Gericht, wie das Geschäft erlangt wurde, und warum es auf Wahrheit beruhen müsse. „... denn“, so kommt der Schluß, „wie hätte ich sonst in jenem Kaufvertrage nachträglich den beim vorausgegangenen Einbruchsversteh abgedruckten Vorst des Aluminiumnachschlüssel besitzenden können, von dem mir Pichler mit erzählt hatte?“

Das Gericht ist überzeugt. Pichler erhält — unter Einbezug einer der wenigen Monate gegen ihn verhängten Gefängnisstrafe von 1 Jahr 9 Monaten — insgesamt dreieinhalb Jahre Zuchthaus.

Pichler nimmt das Urteil an. Draußen im Vorraum wechselt er noch einige verbindliche Worte mit dem Zeugen. Nachher trennen sich beide mit einem kräftigen Händedruck und sagen einander: „Auf Wiedersehen“. Und abermals ist es als hätten sich Spieler und Gegenspieler voneinander auf einige Zeit verabschiedet.

#### Jugendburg Hohnstein

Fröhliches Leben zieht ein in die Mauern unserer Berg-Arbeitsgruppen junger Leute, die den Handwerker vorarbeiten wollen. Es gibt die Räume der Burg, die zur Zeit noch leer stehen, auszuräumen und künstlich auszugestalten. Pöcher waren die Wände grau in grau, hilflos, unattraktiv! Aber die sollen farbenfreudig werden, ein Bild des zierlichen Künzels der Jugend nach einem neuen Lebensstil. Die künstlerische und technische Oberleitung ist einem hervorragenden Mann überlassen worden (Architekt H. B. B. B.). Gestrichenes Licht wurde durch das Landbrennöl in sämtliche Räume geleitet, große Balkenräume werden eingerichtet, den technischen Erfordernissen entsprechende Vorrichtungen werden durch das Landbrennöl geschaffen werden. Künstler und Handwerker aller Art werden die Burg zu dem machen, was dem Richter, dem Zweigaustrich Sachsen vom Verbands für deutsche Jugendherbergen, berichtet: Hohnstein soll ein Mittelpunkt für die gesamte deutsche Jugendbewegung, eine einladende Jugendherberge und ein anheimelndes Ferienheim werden.

Keinlich sind dazu große Mittel notwendig, Spenden aller Art (Geld, Lebensmittel für die Arbeitskolonnen, Ausstattungsgegenstände, Bücher, ein Kamin, ein Tischbaldapparat usw.) und weitere Patenschaften werden erbeten. Vor allen Dingen sind 600 000 Lose der großen Gewinnlotterie unterzubringen, deren Ertrag das Werk gütlich tragen soll. Es gibt ungenügende Gewinnmöglichkeiten. Entzückend dem geistigen Inhalt unserer Jugendbewegung wird verlorener Land nicht ausgespielt. Gelobtheit zu liefern an Material und Ausführung sind die Bedürfnisse für die Gewinnwahl. Je mehr wertvolle Prämien: zehn Seebadurlauben zu je 30 Tagen, ein einjähriges Fabel (D. J. J.) und Kurkarte. Preis des Loses nur 50 Pf. Vorbestellungen und alle Auskünfte über Lotterie und die Jugendburg Hohnstein erteilt die Geschäftsstelle des Zweigaustrich Sachsen, Dresden-R., Königsplatz 2 (Militärgebäude), Zimmer 524a, Fernruf 25 301 (8 bis 5 Uhr), sonst 32 048.

#### Schwerbegehr

##### Ein vorbildlicher Vorgehens

Die Arbeiterin S. hatte gegen den Liquidator der Ansehfabrik Artzler, G. m. b. H., Dresden-R., Klage erhoben auf Zahlung ihres Lohnes für 14 Tage. Die Arbeiterin war seitlich entlassen worden und forderte die Einhaltung der gesetzlichen Kündigungfrist, da bei der Einstellung über eine Kündigungspflicht nichts vereinbart worden sei. Der Liquidator bekaunte das Gegenteil und hatte den Betriebsleiter der Firma als Zeugen mitgebracht, der die Arbeiterin feierlich eingestrichelt hatte. Der Zeuge, vom Richter darauf aufmerksam gemacht, daß er keine Aussagen eventuell beides müsse, sagt aus, daß er zu der Arbeiterin bei der Einstellung mündlich gesagt habe: „Eine Kündigung besteht bei und nicht, wir können Sie jeden Tag entlassen und Sie können jeden Tag gehen.“ Die Arbeiterin bestreite ganz energisch die Wahrheit dieser Aussagen, der Zeuge bleibe jedoch auf wiederholtes Befragen des Richters bei seinen Angaben. Der Gewerkschaftsvertreter der Arbeiterin forderte nun die Glaubwürdigkeit des Betriebsleiters an. Dieser sei ein dem Alkohol ergebener Mensch, der die jungen Mädchen des Betriebes belästige und ihnen unzüchtige Anträge stelle. Einmal habe er ein junges Mädchen in der Trunkenheit gegen dessen Willen bis zum Albersplatz geschleppt und zu dem Mädchen gesagt, es kann sich darauf sein, mit dem Ober der Arm gehen zu dürfen. Diese Angaben, die der Vertreter der Arbeiterin noch beliebig erweitern könne, machten höchsten Eindruck auf das Gericht. Bei der ausfallgebenden Bedeutung der Aussagen des Zeugen kam das Gericht zu dem Beschluß, diesen zu verurteilen. Der Vorsitzende macht den Zeugen noch einmal auf die Bedeutung des Eides aufmerksam und fragte ihn, ob er bei seinen Aussagen unter Eid bleibe. Nun machte der Betriebsleiter allerdings Ausflüchte, verlangte, daß noch andere Zeugen vernommen würden, und eilt auf energisches Verlangen des Richters, daß er zu beschwören habe, was er auszusagen, gab er zur Antwort, er beschwöre überhaupt nicht. Damit war für das Gericht die Situation geklärt, es schenkte dem Zeugen seinen Glauben und verurteilte die Beklagte zur Zahlung der geforderten Summe. Und der Betriebsleiter Gohle bleibt weiter Vorgesetzter und Vorbild junger, unerfahrener Arbeiterinnen.

Das Reichsbanner Schwarz-Rot-Gold gibt seit einiger Zeit eine reich illustrierte Wochenschrift heraus die den Titel „Illustriertes Reichsbanner-Blatt“ führt. Sie bringt in Bild und Schrift alles, was im öffentlichen Leben der deutschen Republik, in der Volkswirtschaft und in der deutschen Politik von Wichtigkeit ist, ohne dabei auch nur im geringsten die zahlreichen anderen Gebiete, die uns interessieren und die wir auch gern im Bild sehen möchten, zu vernachlässigen. Kunst und Wissenschaft, das deutsche Vaterland, Sport und Körperkultur und aktuelle Ereignisse kommen in Wort und Bild zur Darstellung. Gute Romane, ein guter Roman und geliebter Humor bieten literarischen Genus. Der Preis pro Nummer beträgt 20 Pf. Bestellungen können in der Buchhandlung der Treuhänder Volkszeitung angebracht werden.

Das Gungbad als Konkurrent des Zentral-Theaters. Für den 1. März, den Tag nach dem Tode des Reichspräsidenten, war im Gungbad, um dem Zentral-Theater nicht alle Vorbeeren zu lassen, von einem Verein eine Schwimmbadrevue mit dem Motto: „Gungwiese im Gungbad“ angeordnet. Die außerordentlich lustige Revue dauerte bis früh 8 Uhr. Es wurde dabei sehr viel getrunken. Das ist daraus ersichtlich, daß die Reinigung der Räume bis früh 5 Uhr dauerte. Um profanen Augen den Blick in den Vogelwäulenstrahl zu verbergen, waren alle Fensterläden, die von Nebenräumen in den „Bestraum“ führen, verschleiert. So konnte denn das tolle Treiben ungehindert vor sich gehen. Wir geben davon Kenntnis, damit sich die zuständigen Stellen um den Vorgang kümmern können.

Renovierung der Postzüge auf den in den Bahnhöfen ausklingenden gelben Klängen über die Abfahrtszeiten derzüge. Auf Antrag des Vereins Dresdner Handwerker hat die zuständige Stelle der Deutschen Reichsbahn-Gesellschaft angeordnet, daß vom ersten Juni an diezeitigen Rüge durch Hebrud eines Popponis gekennzeichnet werden, die Postwagen führen.

Den Absendern besonders eiliger Briefe usw. ist dadurch die willkommene Gelegenheiten geboten, die Sendungen direkt in den Zug zu werfen.

Begangen derweil Tauben. Um der Vermehrung tierischer Tauben und den dadurch hervorgerufenen Ungeheuern entgegenzutreten, wird nunmehr das Wegfangen dieser Tiere wieder aufgenommen werden, und zwar wird dies in den Monaten März, April, September und Oktober Dienstag, Donnerstag und Sonnabends jeder Woche, in den Monaten Mai bis August Dienstag und Sonnabends jeder Woche geschehen, je in den frühesten Morgenstunden, spätestens eine halbe Stunde vor Beginn des Volkshulmenstrichs. Die Befugten von Tauben fordern wir auf, ihre Tauben während der Fangzeit in den Schlägen zurückzubalten.

Vortrag über Geschlechtskrankheiten. Die Ortsgruppe Dresden der Deutschen Gesellschaft zur Bekämpfung der Geschlechtskrankheiten wird am Sonnabend, abends 8 Uhr (Einlaß 7 Uhr), im alten Stadtbrennölensale, Dresden-R., Sandhausstraße 7a, einen Vortrag über Geschlechtskrankheiten, die Wichtigkeit ihrer zeitigen Erkennung und sachgemäßen Behandlung (mit Bild. Bildern). Eintritt frei.

Diebstähle. Gestohlen wurden am 5. März von einem Expeditionswagen eine Kiste (gez. P. 450) mit 80 Alrogramm geäußertem Feilspatzen und am 7. März von dem Kamerager Straße weg ein vieradrige, grüngefärbte, mit Brettern angelegelter Handwagen mit Kammenschild Oskar Kaulsch, Lautenstraße 54. Mitteilungen hierzu nimmt die Kriminalpolizei entgegen.

Unfall mit tödlichem Ausgang. Gestern abend in der ersten Stunde ereignete sich auf der Jungling- und Bodenbacher Straße ein recht bedauerlicher Unfall. Ein in der Pilsenerstraße wohnhafter 44 Jahre alter Arbeiter desbachtigte, auf einem in Fahrt befindlichen Straßenbahnwagen der Linie 12, und zwar auf die hintere Plattform des Triebwagens, aufzufahren. Dabei kam er zu Fall. Der Unfallwagen ging über ihn hinweg und verlegte ihn so schwer, daß er auf dem Transport nach dem Friedrichshäuser Krankenhaus verstarb.

Ein tödlicher Unfall hat sich vorige Woche in später Abendstunde auf der Straße Niedermaria-Raundorf ereignet. Drei junge Leute fanden dort einen leblos neben seinem Rade liegenden Mann. Die behördlichen Ermittlungen ergaben, daß der Unglückliche, ein Arbeiter aus Coswig, plötzlich an Herzleiden verstorben war. Der Verlebte, der von einer geschäftlichen Kollabor von Umbach der Wilsdruff zurückkehrte, moß wohl bei der langen Fahrt, bei der er außerdem noch eine kleine Wai mit sich führte, und bei dem herzkessenden Winde sich überanstrengt haben, was bei seinem Herzleiden den unermutet raschen Tod herbeigeführt hat.

Im Tanz verunglückt ist am Sonnabend eine 21 Jahre alte Arbeiterin im Gasthof Kammig. Sie kam so unglücklich zu Fall, daß sie einen Hinterleidenstrich erlitt. Das in der Barthner Straße wohnhafte Mädchen wurde dem Krankenhaus Friedrichstadt zugewiesen.

Das Recht am dem Reiter gelassen ist am Sonntag, früh in der 9. Stunde, ein 19 Jahre altes Hausmädchen aus dem zweiten Obergeschoß eines in der Krankenhausstraße 61 wohnhaften Mannes verlegt nach dem Krankenhaus gebracht. Das Mädchen beging die Tat und wurde vor dem Folgen eines Eigentumsvergehens.

In die Erde sprang am Sonntag, vor der alten Jägerfarm eine 47 Jahre alte, in der Schützenstraße wohnhafte Frau in selbstmörderischer Absicht. Die Lebensmüde wurde nach der Heil- und Pflegeanstalt übergeführt.

Im Hotel Gitt genommen hat am Sonnabend abend ein 47 Jahre alter Kaufmann aus Leipzig. Der schwer Erkrankte wurde nach der Heil- und Pflegeanstalt übergeführt.

#### Dresdner Umgebung

##### Wassenaufmarsch des Reichsbanners in Pirna

Der Bezirksrat der Reichsbannerorganisation gestellte sich trotz dem stürmischen Kundgebung am Sonntag zu einer erheblichen und eindrucksvollen Kundgebung der Anhänger der republikanischen Staatsform. Die bei den Tagungen bürgerlicher Vereinigungen und Verbände stets im Hebermaß geschäftliche Stand sah nackt und sah mit ihren Häuserreihen da und harrete die herbeizutragenden Republikaner an, als wolle sie denen zeigen, die es wagten, sich mit Stolz als Republikaner auf der Straße zu zeigen. Aber die Schwarz-Rot-Golden trugen wieder. Sie hielten eine wirkungsvolle Heerzucht ab, wie sie Pirna nicht gesehen. Die Mittagsstunden brachten den Empfang der mit den Bann, zu Fuß oder per Rad ankommenden Teilnehmer mit ihren Bannern aus Heidenau, Bayre, Königsberg, Schönau, Pöhlitz, Dresden, Jena, Meissen usw.

Um 2 Uhr versammelten sich die Festgenossen auf der Schützenwiese an der Elbe, um sich zum Zug zu formieren, zunächst nach dem Stadteil Coswig marschierend, dann Pirna durchziehend. Ein stattlicher, wohlgeordneter, eindrucksvoller Zug war es, der sich 1/2 Uhr in Bewegung setzte. Die zum Teil mit Trauerkleid behangenen Banner flatterten in der Luft, freudig begrüßt von allen, die eines Sinnes mit den Demonstranten waren, mit zerfallenen Kerger beobachtet von den Gemern, die der an Rechte immer mehr gewinnenden Bewegung mit gemischten Gefühlen gegenüberstehen.

Für nachmittags 5 Uhr war für die Festteilnehmer und die republikanisch eingestellte Bevölkerung in den Kammensale ein Zeitkommers vorgegeben. Der große, geräumige Saal war überfüllt. Viele konnten nicht herein. Ein Prüfungsamt leitete die Feier ein, dem die Begrüßung durch den Bezirksvorsitzenden, Kameraden Seifert, Pirna, folgte. Bei seinem

**KATHREINER'S MALTKAFFEE**

von würzigem  
Vollgeschmack — dabei viel  
billiger als Bohnenkaffee  
— 1 Pfund nur 50 Pfg. —







# Sächsischer Landesfiedlertag

Am Sonnabend und Sonntag hielt der Allgemeine Sächsische Fiedlerverband, e. V., in Dresden seine Jahreshauptversammlung ab. Der erste Tag war internen Verbandsangelegenheiten gewidmet. Im Anschluß an den zweitägigen Geschäftsbereich des Vorsitzenden Wagner wurden folgende

### Zuschreibungen

angenommen:

#### I.

Der 8. Sächsische Landesfiedlertag fordert in bezug auf die Finanzierung des Wohnungsbau:

1. daß die Mietzinssteuer Staatssteuer wird;
2. daß die gesamte Mietzinssteuer zum Wohnungsbau verwendet wird;
3. daß für die Beihilfen aus der Mietzinssteuer zweite Hypotheken gegeben werden;
4. daß für die Beihilfen zum gemeinnützigen Wohnungsbau neben einer angemessenen Tilgung keine Verzinsung gefordert wird;
5. daß Beihilfen an gemeinnützige Unternehmungen bis zu 90 Prozent des Bauwertes gegeben werden;
6. daß bei Verteilung der Mittel der gemeinnützige Wohnungsbau in erster Linie berücksichtigt wird.

#### II.

Der 8. Sächsische Landesfiedlertag ersucht die Regierung um Herbeiführung derjenigen gesetzlichen Maßnahmen, die erforderlich sind, um nach preislichem Vorbild den Gemeinden die Pflicht aufzuerlegen, Heimstätten und Kleingartengebiete zu schaffen. Die Aufgabe erscheint so dringend, daß die Festsetzung des allgemeinen Baugesetzes, die zweifellos noch Jahre in Anspruch nehmen wird, nicht abgewartet werden kann.

Die Wahlen ergaben die Wiederwahl des bisherigen Vorstandes mit unwesentlichen Veränderungen. Erster geschäftsführender Vorsitzender ist Direktor Wagner, zweiter Vorsitzender Bürgermeister Kämpel, Freital.

Am Abend des ersten Tages fand eine Begrüßungsfeier statt, an deren Schlusse sächsische Siedlungen im Lichtbilde gezeigt wurden.

### Die öffentliche Sitzung

begann bei außerordentlich starker Anteilnahme und in Gegenwart von Vertretern der Staatsregierung, insbesondere des Arbeits- und Wohlfahrtsministeriums, der Kreis- und Amtshauptmannschaften, der Stadt Dresden und der in Arbeitsgemeinschaft ange-schlossenen Gemeinnützigen Bauvereinigungen, der Mieterbewegung und der Kleingartenbewegung, ferner der sozialdemokratischen Landtagsfraktion und der Deutschen Sozialpartei am Sonntag den 8. März.

Nach der Begrüßungsansprache des Verbandsvorsitzenden Wagner übertrug die Leiterin des Verbands, Frau Kämpel, die Worte des Arbeits- und Wohlfahrtsministers, wobei er hervorhob, daß das Verständnis für die Siedlerbewegung in immer weitere Kreise dringe. Bis zum 31. August 1924 seien in Sachsen 181 Hektar Land in Erdbauverleih gegeben worden. Auf dem platten Lande überwiegen die Wohnheimstätten in den größeren Städten dagegen die Gartenheimstätten. Den finanziellen Forderungen des Verbandes stimmte der Regierungsdirektor Wort für Wort zu.

Bürgermeister Kämpel wünschte den Beratungen besten Erfolg und betonte, daß die Stadt Dresden das Siedlungsproblem nach Möglichkeit gefördert und insbesondere auch Land für Siedlungsgebiete zur Verfügung gestellt habe, in erster Linie im Wege des Erdbauverleihs. Sie hat auch Darlehen in größerem Umfang für Siedlungen zur Verfügung gestellt. Ein bestimmter Prozentsatz des Mietzinssteuerertrages wird für Erziehung von Siedlungen festgelegt. Die Bedingungen für Vergabung dieser Gelder entsprechen den Forderungen der Siedler. Für eine Wohnung beträgt der Zuschuß mindestens 8500 M. Die Darlehen werden zinslos und zu 1 Prozent Tilgung gewährt. Allerdings haben die Siedler der Großstadt mit gewissen Schwierigkeiten zu kämpfen. Der Grund und Boden ist in der Regel teuer als auf dem Lande, wodurch die Siedler stärker belastet werden. Die Wohnstätten müssen auch hygienische Anforderungen stellen, die sich nicht immer mit den Ansprüchen und Wünschen der Siedler vereinbaren lassen. Ein Vorwärtskommen ist daher nur auf dem Wege der Verständigung möglich.

Weitere Begrüßungsansprachen hielten Oberregierungsrat Dr. Kutsch von der Landesfiedlungs-Gesellschaft Sächsisches Heim, Stadtbauinspektor Dertel für die Gemeinnützigen Bauvereinigungen und die Dresdner Stadtverordneten, der Vorsitzende des Reichsbundes Deutscher Mieter Hermann für die Mieterbewegung und der Vorsitzende des Landesverbandes der Kleingartenvereine, Kämpel.

Für die Gewerkschaften sprach Genosse Wiesner, der es als eine Selbstverständlichkeit bezeichnete, daß die Gewerkschaften die Forderungen der Siedler insofern fördern, als dadurch nicht die sonstige Tätigkeit der Gewerkschaftsmitglieder um Verbesse- rung der Lage der Arbeiterschaft leidet.

Die Tagesordnung brachte an erster Stelle einen außerordentlichen Vortrag von Dr. Heinz Potthoff, München, über Wohnungsbau und Siedlungsfragen, Volksgesundheit und Steuerrecht.

Der Redner stellte an die Spitze seiner Betrachtungen die Notwendigkeit, eine Wohnungs- und Siedlungspolitik in einem bisher nicht gefassten Umfange zu treiben, wenn an eine Erfüllung der Leisten aus dem Landes-Einkommen überhaupt gedacht werden soll. In erster Linie zwingen dazu wirtschaftliche Gründe. Durch eine intensive Boden- und Gartenkultur, die allein mit Hilfe der Siedlungen möglich sei, müsse aus der deutschen Scholle unendlich viel mehr herausgeholt werden als es bisher geschehen sei, um einen Teil dessen zu erreichen, was zur Erfüllung unserer Verpflichtungen aus dem Londoner Abkommen notwendig sei. Damit werde aber auch zugleich ein soziales Problem von höchster Bedeutung gelöst: die gesetzliche Regelung der Arbeitszeit. Schon 1918 hätte in größter Weise erreicht werden müssen, dann hätten wir auch den Achtstundentag in Deutschland durchhalten können. Wenn der Achtstundentag vorübergehend gescheitert sei, so deshalb, weil nicht eine großzügige Boden- und Siedlungspolitik getrieben wurde. Es sei nicht wahr, daß der deutsche Arbeiter nur acht Stunden arbeite und 16 Stunden ausruhen und schlafen wolle, in Wirklichkeit wolle er nur acht Stunden Fronarbeit leisten, um dann noch genügend Zeit zu besitzen, um sich in seiner Familie und in seinem Heim betätigen zu können. Deshalb müßten die Gewerkschaften dafür sorgen, daß zu Hunderttausenden geschädelt werde in allen Städten und besonders in Sachsen.

Dabei schaffe man gleichzeitig den besten Untergrund für die soziale Bewegung der Gewerkschaften, der ihnen heute noch fehle. Wenn die Gewerkschaftsbewegung nicht dauernd zur Charnach verurteilt sein sollte, dann müssen wir zu einem besseren Bodenrecht und zu einer gerechteren Verteilung sowie zu Heimstätten kommen, denn in dem Privatbesitz am Boden und in der Ausschließung der Masse vom Land liegt der letzte Grund zur Ausbeutung der Arbeiterschaft. Welche Stärkung würde nicht die Lohnpolitik der Gewerkschaften erfahren, wenn im Streikfall Tausende von Arbeitern, weil sie auf einer eigenen Scholle sitzen, die ihnen nützt, wenn nicht das meiste für den Lebensunterhalt gewährt, nicht angezogen werden können! Die Siedler würden die besten Stützen der Arbeitnehmersbewegung sein.

Das schwerste Problem der Zeit, an dem man nicht vorbeikomme, sei die Frage

### der beruflichen Umschichtung des Volkes,

die verbunden sei mit der Umschichtung der Wohnung und Siedlung. Die Arbeiter der Erwerbslosen, in den Städten müßten wieder aufs Land hinausgebracht werden, was aber nur möglich sein wird, wenn man diesen Konten eine eigene Scholle und ein

eigenes Heim bietet. Die übrigen Großstädter müßten aber zu Randfiedlern gemacht werden. Der Redner ging dann noch auf die große volksgesundheitliche Bedeutung des Siedlungsweffens ein, bezeichnete dabei die Wohnungsfrage als die dringendste Frage der Sozialpolitik und sagte, daß es unbedingte Pflicht des Privatunternehmens sei, für eine ausreichende Wohnungsverhältnisse ihrer Angestellten und Arbeiter zu sorgen; daß aber auch der öffentlichen Verwaltung eine gleiche Verpflichtung in bezug auf die Kriegsbeschädigten obliege. Wohnungssteuer und Verkehrssteuer müssen darauf eingestellt sein, daß Art. 133 der Reichsverfassung endlich zur Wirklichkeit wird.

Begreifen die Gewerkschaften nicht endlich, was Bodenrecht und Bodenverteilung bedeuten, dann werden alle ihre Forderungen nichts anderes als ein schönes Programm bleiben. Die Gemeinden aber sollen nicht bloß den Erwerb von Heimstätten erleichtern, sondern auch deren Besitz und Bewirtschaftung durch eine weise und gerechte Steuerpolitik.

Am Schlusse seiner mit stürmischem Beifall aufgenommenen Ausführungen forderte der Redner

### die Einführung sozialer Steuern,

insbesondere einer Bodensteuer im Sinne der Bodenreform, wie sie das kleine Anhalt bereits besitzt. Bei einem guten Steuerrecht brauche man auch kein Enteignungsrecht, weil erstere den Grund und Boden billig mache. Das Ziel eines Volksstaates könne kein anderes sein, als möglichst viele Staatsbürger gesund, arbeitsfähig, arbeitsfreudig und glücklich zu machen, indem man ihnen

Heimstätten gibt und dadurch den Begriff Vaterland wieder zu einer lebendigen Erfahrung macht.

Dann berichtete Stadtrat Kollisch, Frankfurt (Oder), über

### die Frage einer Bodenreform in einer Gemeinde.

Der Vortragende schilderte die großartige Bodenreformwirtschaft und Siedlungspolitik der Stadt Frankfurt a. d. Oder, die sich die sächsischen Gemeinden zum Muster nehmen sollten. Dort wird von der Stadt seit acht Jahren systematisch alles verkäuflich werdende Land angekauft. Eine Grundstücks-Kommission, bestehend aus drei Magistratsmitgliedern und drei Stadtratsmitgliedern, hat Vollmacht zu kaufen. Der Besitz der Stadt ist jetzt schon über 30 000 Morgen groß, wovon 6000 Morgen Bau- und Siedlungsgebiete in nächster Nähe der Stadt liegen. Die Stadt hat 9 Forstereien und ein städtisches Küstergut von 800 Morgen in eigener Verwaltung. Aus dem andern Land befreit sie das Bedürfnis der Siedler zu billigen Preisen ganz allein unter Ausschaltung jeder Spekulation. Rund 5000 Hektar sind der Stadt an die landwirtschaftliche Bevölkerung und die umliegenden Bauernschaften zu Preisen von 0,5 bis 2 Pf. je Quadratmeter verpachtet. An neuen Wohnungen sind seit 1914 über 1500 hergestellt (neben 500 Mietwohnungen); eine beachtenswerte Leistung für eine Stadt von nur 70 000 Einwohnern. Soweit die neuen Wohnbauten nicht im Eigentum des Reiches, des Staates, der Stadt oder der Genossenschaften verbleiben, sind sie als Reichsheimstätten ausgegeben.

Am Nachmittag wurden die Siedlungen in Döberitz im Detail besichtigt, und am Abend fand eine öffentliche Lichtbild- und Filmvorführung statt, in der Küstereimstätten und verschiedene Bauweisen (Häuser, Zuckfabrik, Schloss usw.) gezeigt wurden.

Mit dem Siedlertag war auch eine Ausstellung von Photographien, Plänen, Modellen usw. von Siedlungen verbunden.

# Der neueste Vertrauensbruch der 23

Von Hermann Liebmann.

Der Sachkonflikt nach den Protokollen der Landtagsfraktion nennt sich die neueste Broschüre der 23, die von der bürgerlichen Presse ebenso eifrig mit Fettdruck ausgebeutet wird, wie es mit der Ministerbroschüre gewesen ist. Bezeichnend ist es ja, daß auch diese Broschüre weder einen Verfasser noch einen Verleger angibt, wahrscheinlich hat sich niemand gefunden, der seinen Namen für dieses Machwerk hergeben wollte. Offenbar wollte selbst unter den 23 niemand die Verantwortung für die Parteischädigung übernehmen, die diese Veröffentlichung bedeutet. Nicht minder bezeichnend ist, daß diese Broschüre zuerst der bürgerlichen Presse zugänglich gemacht wurde, während weder die Parteipresse noch die Parteiorganisationen Exemplare dieser Broschüre erhalten haben. Soweit bekannt ist, haben die 23 diese Broschüre vorwiegend durch ihre Freunde in einer Anzahl Gewerkschaftsbüros verbreiten lassen.

Die 23 geben an, die Darstellung der Broschüre sei nach den Protokollen der Landtagsfraktion geschehen. Das ist aber falsch, denn an vielen Stellen sind Darlegungen gegeben, die nicht den Landtagsprotokollen entnommen sind. Die Ueberschrift der Broschüre ist also nur zu dem Zwecke gewählt, den Eindruck zu erwecken, daß es sich um eine objektive Darstellung handelt. Die Ueberschrift ist also irreführend.

Biel wichtiger als diese Irreführung ist die Tatsache, daß die 23 überhaupt Auszüge aus den Protokollen der Landtagsfraktion veröffentlichten und der bürgerlichen Presse zugänglich machten. Um Indiskretionen zu verhindern, durften an den Sitzungen der Landtagsfraktion nicht einmal Vertreter der Parteiorganisationen oder Pressevertreter von Parteiorganen teilnehmen. Und jetzt kommen die 23 mit dieser Veröffentlichung! Dieses Vorgehen ist ein unerhörter Vertrauensbruch!

Dieser Vertrauensbruch fällt in dieselbe Zeit, in der der Parteivorstand eine Sitzung zur Beilegung der sächsischen Differenzen einberufen hat. Die Sitzung ist bekanntlich nur wegen der Beilegung des Genossen Ebert am 5. März ausgefallen. Dazu kommt, daß in den Organisationen der Wunsch immer stärker hervorgetreten ist, den Sachkenntnis beizulegen. So hat A. H. der Bezirksvorsitzende von Leipzig den Ortsvereinen empfohlen, solange die Einigungsverhandlungen schweben, über den Parteikonflikt in den Ortsvereinsversammlungen nicht mehr Referenten und Korrespondenzen zu hören. Bei dieser Sachlage ist die Veröffentlichung der 23 mit besonderem Nachdruck als eine Trivialisierung zu brandmarken.

Die Verungung auf die Protokolle hat zudem nicht den mindesten Wert, denn die Protokolle der Landtagsfraktion sind nicht am Schlusse der Sitzung verlesen worden. Der Protokollführer ist also nie kontrolliert, die Protokolle sind nie als richtig bestätigt worden. In Wirklichkeit sind die Protokolle also weiter nichts als die Privatäußerungen des Protokollführers. Ihre Glaubwürdigkeit ist nicht höher einzuschätzen als die Notizen, die sich jedes andere Fraktionsmitglied machen konnte. Die Protokolle haben nur den einen Zweck, Beschlüsse der Fraktion festzuhalten. Dagegen ist es nicht die Aufgabe des Protokollführers, die Reden der einzelnen Fraktionsmitglieder im Protokoll aufzunehmen. Mit diesen Feststellungen sinkt der Wert der Veröffentlichungen aus den Protokollen zur Bedeutungslosigkeit herab, zumal in vieler Beziehung nachgewiesen werden kann, daß diese Veröffentlichungen falsch sind.

Auf die Einzelheiten der anonymen Broschüre soll hier nicht weiter eingegangen werden, nur soweit es zu ihrer näheren Kennzeichnung notwendig ist, seien einige Bemerkungen gemacht. Die 23 wollen den Eindruck erwecken, daß die Fraktionsminderheit die Schuld an dem Zusammengehen mit den Kommunisten trage, und daß dieses Zusammengehen eine falsche Politik gewesen sei. Demgegenüber seien folgende Tatsachen hervorgehoben:

Bei der Landtagswahl im Herbst 1920 wurden gewählt: 27 Rechtssozialisten, 13 Unabhängige und 9 Kommunisten, denen 47 bürgerliche Abgeordnete gegenüberstanden. Am 9. Dezember 1920 wurde Genosse Bud mit Hilfe der Kommunisten zum Ministerpräsidenten gewählt. (Erste sozialistische Minderheitsregierung mit kommunistischer Unterstützung.)

Die Landtagswahl im Herbst 1922 brachte der Vereinigten Sozialdemokratie 40 Mandate und den Kommunisten 10. Die Landesinstanzen beifügten sich am 10. November 1922 unter dem Vorbehalt des Genossen Eggert mit der Regierungsbildung. Ein Vertreter der jetzigen Fraktionsminderheit erklärte, die Kommunisten seien innerlich als Vertreter noch nicht reif zum Eintritt in eine Regierung mit den Sozialdemokraten. Hellfisch warnte, sich an die Demokraten zu wenden. Pethke beantwortete ein Angebot an die SPD. Schließlich wurde folgender Antrag gegen wenige Stimmen angenommen:

„Der Arbeitsausschuß stellt auf dem Standpunkt, daß der Wahlausfall einer Bund noch mehr bedeutet, und deswegen erstrebt er am zweckmäßigsten, an die Kommunisten heranzutreten, um sie zu dem Eintritt in die Regierung zu bewegen.“

Bei der Regierungsbildung wurde dann der Genosse Bud wieder mit den Stimmen der Kommunisten zum

Ministerpräsidenten gewählt. (Zweite sozialistische Minderheitsregierung mit Unterstützung der stromunisten.)

Als im März 1923 Zeigner zum Ministerpräsidenten gewählt wurde, war bei der Abstimmung in der Fraktion nur eine Stimme dagegen (Budor).

Die Heranziehung der Kommunisten zur Unterstützung des Kabinetts Zeigner im März 1923 war also die dritte sozialistische Minderheitsregierung, die mit Hilfe der kommunistischen Stimmen zustande kam.

Als im Oktober 1923 die Kommunisten den Eintritt in die Regierung verlangten, erklärten insbesondere der jetzige Wirtschaftsminister Müller und der Abgeordnete Pethke, man müsse die Kommunisten mit in die Regierung aufnehmen, weil die Sozialdemokraten bei früheren Verhandlungen über die Regierungsbildung immer wieder gesagt hatten, die Sozialdemokratie ist bereit, den Kommunisten Einfluß in der Regierung zu gewähren, die Kommunisten müssen aber die Verantwortung für die Regierung mit übernehmen und in die Regierung eintreten.

Diese wenigen Tatsachen müssen zeigen, welchen Wert die jetzigen Darstellungen der 23 haben. Dazu kommt ja, daß die 23 alle Regierungsmassnahmen des Kabinetts Zeigner nicht nur verteidigt haben, sondern daß sie sogar scharfes Vorgehen von der Regierung Zeigner verlangten, wie das A. H. der jetzige Innenminister Müller in einer öffentlichen Landtagsführung tat.

Die falsche Darstellung der anonymen Broschüre ist, sei noch an folgendem Beispiel gezeigt: In der Broschüre wird gesagt, Zeigner habe in einer Sitzung vom 12. Oktober 1923 ein Vertrauensvotum verlangt, dieses sei von der Fraktion abgelehnt worden. Tatsächlich ist aber das Vertrauensvotum angenommen worden. Abgelehnt wurde ein Antrag Pethke, der in das Vertrauensvotum den Sach eingeschaltet haben wollte: „Zeigner hat das politische Vertrauen der Fraktion“. Mit diesem Antrag wollte Pethke das Vertrauensvotum eingeschränkt haben, deshalb wurde sein Antrag abgelehnt und das allgemein gehaltene Vertrauensvotum angenommen.

Die Darstellung der anonymen Broschüre über die Sitzung vom 28. Oktober 1923, in der verhandelt wurde über Annahme oder Ablehnung des Ultimatus der Reichsregierung, die die Entfernung der Kommunisten aus der Regierung verlangte, ist ebenso falsch wie die Darstellung über das Vertrauensvotum. Die sozialistischen Minister legten eine Entschließung vor, in der die Annahme des Ultimatus abgelehnt wurde. Pethke sprach sich entschieden für die Ablehnung des Ultimatus aus, was allgemein mit Verwunderung aufgefahrt wurde. Im weiteren Verlauf erklärte sich aber Pethke für die Annahme des Ultimatus. Die Angaben über die Abstimmung in jener Sitzung sind ebenfalls falsch.

Erinnert sei in dem Zusammenhang daran, daß der Sozialdemokratische Parlamentsdienst über die Ablehnung des Ultimatus urteilte:

„Ein Kabinetts, das auch nur das geringste Ansehen innerhalb der Bevölkerung wahren und nicht für alle Zeiten als ein Ministerium der Gaspostmänner erscheinen wollte, konnte nach dem Verhalten des Reichstanzlers beim besten Willen nicht anders handeln, als es die sächsische Regierung getan hat.“

Die demokratische Berliner Volkszeitung schrieb nach der Ablehnung des Ultimatus:

„Indem Herr Dr. Zeigner das Ultimatum des Herrn Dr. Siegelmann ablehnt, wird er geradezu zum Siegelwächter der Weimarer Verfassung.“

So urteilten Demokraten über den Gewaltstreik gegen die sächsische Regierung. Die 23 aber, die sich Sozialdemokraten nennen, halten sich heute noch für verpflichtet, den Staatsstreik gegen die proletarische Regierung zu verteidigen!

Eine besonders plumpe Fälschung leistet sich die anonyme Broschüre, wobei sie sogar die reaktionären Blätter vom Schläge der Leipziger Neuesten Nachrichten an Rang an Wahrheitsliebe übertrifft. In der anonymen Broschüre, Seite 7, heißt es:

„Nach Verhandlung des militärischen Ausnahmezustandes stellte sich nämlich heraus, daß Liebmann vor seinem Eintritt in die Regierung, ohne der Fraktion Kenntnis zu geben, eine Verfassung der SPD. unterschrieben hatte, wozu im Falle der Verwilligung dem Mittel für die Staatspolizei bei Demonstrationen die Polizei nicht gegen die Demonstranten vorgehen dürfe.“

Diese Behauptungen sind völlig erfunden. Wahr ist vielmehr, daß Liebmann folgendes Dokument unterschrieb:

„Sprechung von Vertretern beider Parteien. Mit Uebereinstimmung der Parteien wird festgesetzt, daß die im Nachtrag zum Kapitel 49 eingetragenen Mittel zur Bekämpfung besonderer Notlagen nur bei der Bekämpfung von Unruhen verwendet werden sollen.“

Dresden, 22. März 1923.

Gelesen und bestätigt: 941. Memm, 942. Liebmann.

Bei der Besprechung mit den Kommunisten nahmen als Vertreter der Fraktion der Abgeordnete Zeigner und einige andere Abgeordnete teil. Antrag war auch gegen, als Liebmann über die Besprechung in einer Fraktionssitzung berich-

